Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 2.—8 Sept. 1 100 000 M., durch die Post 1 000 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. i. b. Bez. Halle-Merseburg GmbH. Halle, Leipzigerstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 65000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 400000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 150 000 Mk. | **Dienstag, den 4. September 1923** | **3. Jahrgang Nr. 206**

Sollmanns anonyme Faszistendiktatur

Die „Rote Fahne" auf acht Tage verboten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 4. September.

In der Nacht vom Montag auf Dienstag erschien in der Friedrichsstadtdruckerei eine Abteilung Kriminalbeamter und überbrachte dem Verlage und der Redaktion der „Roten Fahne" eine Verfügung, wonach die „Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands und seine Kopfblätter, die „Rote Fahne" für die Niederlausitz, die „Rote Fahne" für den Bezirk Berlin-Brandenburg und die „Volkswacht" für den Kieler und Lübecker Bezirk, auf acht Tage verboten sei. Die bereits fertiggestellte Dienstag-Nummer wurde in der ganzen Auflage beschlagnahmt.

Die Veröffentlichung der Begründung für das Verbot der „Roten Fahne" wurde vom Reichsminister Sollmann verboten. Die Begründung zu dem Verbot der „Roten Fahne" geht zurück auf Artikel, die am 19. August in der „Roten Fahne" erschienen sind. Das ist ein Beweis, daß die Begründung mit aller Not zusammengesucht werden mußte. Das Verbot ist vom Reichsinnenminister Sollmann unterzeichnet.

*

Das Verbot der „Roten Fahne" ist ein neuer Skandal der Faszistendiktatur, die in Deutschland unter dem „demokratischen" Deckmantel einer „Diktatur der Mehrheit" von Sozialdemokraten gegen das Proletariat ausgeübt wird. Gestern noch verkündet das hallische „Volksblättchen" ruhmredig von seinem Parteigenossen Sollmann, daß er den Kampf gegen die deutschnationale und faszistische Hetze aufnehmen werde. Mit dem Munde hat das der Reichspolizeiminister auch am Sonnabend einem Vertreter des sozialdemokratischen Parlamentsdienstes auch getan. Stolz hat er sich in Positur geworfen und gegenüber dem Vorwurf der Internationalität, der gegenüber ihn und andere Sozialdemokraten von den Deutschnationalen und ihrem faszistischen Klüngel erhoben wurde, verkündet: „Die Deutschnationalen sollen wissen, daß wir ihrer unsagbar kläglichen und elenden Demagogie nicht weichen. Sie wollen den Kampf, sie sollen ihn haben."

Am gestrigen Montag aber hat er den Deutschnationalen, die die Steuersabotage und die Sabotage der Wirtschaft im ganzen Reiche öffentlich zum Programm erheben, daß er und das ganze Reichskabinett vor ihnen kuscht. Die Parole des Reichskanzlers: „Wer in dieser Zeit die Steuern sabotiert, gehört hinter Schloß und Riegel!" setzt er in die Tat um, indem er die „Rote Fahne" mundtot macht und weiter Kommunisten (siehe die neueste Meldung aus Gräfenhainichen) verhaften läßt. Er illustriert damit zugleich, wie der von Stresemann in Stuttgart verkündete Wille des Reichskabinetts: „Wir sind nicht gewillt, mit der Staatsautorität Schindluder treiben zu lassen", zu bewerten ist. Die Autorität in Deutschland besitzen heute die agrarischen und die industriellen Steuersaboteure. Ihr Wille ist, keine Steuern und Lasten für den Besitz, alles auf die Schultern der arbeitenden und hungernden Massen. Sollmann schaft diesem Willen Geltung, indem er die kommunistische Presse unterdrückt, die das Proletariat zum Kampfe gegen seine Bedrücker aufruft und an die internationale Solidarität des Proletariats in seinem Kampfe appelliert.

Der Herr Sollmann will aber noch ein weiteres. Die SSPD. und die Gewerkschaftsbureaukratie, die alles Vertrauen in den Massen verloren haben, müssen den Beweis erbringen, daß sie noch eine wirksame Reserve der Bourgeoisie zur Unterdrückung der rebellierenden hungernden Massen sind. Zur Durchführung ihrer Hetze gegen die Kommunisten, deren Führung sich im steigendem Maße die Massen anvertrauen, haben sie die Mundtotmachung der kommunistischen Presse notwendig. Sollmann trägt diesem Bedürfnis durch das Verbot der „Roten Fahne" Rechnung.

Es wird ihm nichts nützen. Die Massen in den Groß-Berliner Betrieben vertrauen der Kommunistischen Partei und ihrer Presse. Sie stehen hinter ihr, wie sie hinter dem von Severing verbotenen Reichsausschuß der Betriebsräte stehen. Kein Verbot der „Roten Fahne", keine noch so schamlose Hetze gegen die KPD. und die Betriebsräte wird dieses Vertrauen zerstören!

Selbst die Staatsanwälte und die Weiße Justiz haben dem Herrn Sollmann attestieren müssen, daß die kürzlichen Beschlagnahmungen der „Roten Fahne" ungesetzlich waren und einen Bruch der verfassungsmäßig garantierten Pressefreiheit bedeuten. Wenn heute Herr Sollmann zur Begründung des Verbots auf Artikel der „Roten Fahne" bis zum 19. August zurückgreift, so beweist er, daß er nur mit allen Schikanen die „Gründe" seines Verbots zusammensuchen kann. Herr Sollmann, der „Hüter der Verfassung", ist sich auch der Ungesetzlichkeit seines Verbots bewußt. Denn nicht umsonst verbietet er die Veröffentlichung seines Verbots. Er weiß, daß sie zum Protest herausfordert.

Das Proletariat wird den neuesten Streich des sozialdemokratischen Reichspolizeiministers zu schätzen und zu parieren wissen. Im ganzen Reiche muß sich ein Proteststurm gegen den Skandal der Polizeidiktatur erheben und hunderttausend- und millionenfach wird es den Herren Sollmann, Severing, Hilferding und Genossen aus den Betrieben entgegenschallen:

Nun erst recht vertrauen wir den Kommunisten und ihrer Presse!

Nun erst recht kämpfen wir unter der Führung der KPD. und der 3. Internationale!

Verhaftungen in Gräfenhainichen

(Eig. Drahtm.) Gräfenhainichen, 3. September.

In Gräfenhainichen wurden vier Genossen der Kommunistischen Partei verhaftet! Die Polizei und die Landjäger der Umgegend waren zu diesem Zweck nach Gräfenhainichen zusammengezogen. Die Genossen Wittmann, Kupke, Paul und Gunsler wurden von der Polizei nach dem Rathaus gebracht, angeblich zum Verhör. Dort wurden sie festgehalten und später mit einem Schupoauto, das mit einem schußfertigen Maschinengewehr ausgerüstet war, unter starker Bedeckung nach Bitterfeld gebracht. Die Verhaftung unserer Genossen wird auf Denunziation durch die Sozialdemokraten zurückgeführt. Die Verhaftungen haben große Erregung in der Arbeiterschaft hervorgerufen.

So etwas ist Minister der Reichswehr!

(Eig. Drahtm.) Dresden, 4. September.

Die sächsische Regierung erläßt heute eine längere Veröffentlichung aus dem Material des Ministerpräsidenten Zeigner gegen den Reichswehrminister Geßler. Nach dem Material hat Dr. Zeigner am 7. August in Leipzig eine Rede gehalten, in der er erklärte, daß das Reichswehrkommando 4 durch einen Offizier in einen schwebenden Strafprozeß eingegriffen hat. Das Reichswehrkommando habe erklärt, daß dieser Prozeß nicht stattfinden dürfe, weil sonst die Verbindungen zwischen Reichswehr und den völkischen Geheimorganisationen aufgedeckt würden. Der Befehlshaber des Reichswehrkreises 4 habe daraufhin den Ministerpräsidenten gebeten, ihm die Unterlagen über den behaupteten Eingriff in den Strafprozeß zu verschaffen. Nachdem Zeigner die Beweise persönlich vorlegt habe, erklärte der Generalleutnant Müller, der Befehlshaber des Reichswehrkommandos 4, daß nach einer telephonischen Mitteilung des Reichswehrministeriums die Reichswehr sich an der Verfassungsfeier in Dresden nicht beteiligen werde. Die Ursache sei die Rede und die Ausführungen von Zeigner.

Nach dem Sturze Cunos hat Zeigner die Reichsregierung aufgefordert, Geßler zu entlassen, da er die Verbindungen zwischen Reichswehr und völkischer Organisationen dulde. Daraufhin erklärte Geßler, daß er keine Anweisung gegeben habe, daß sich die Reichswehr an den Verfassungsfeiern nicht beteiligen soll. Zeigner erklärte, die Behauptungen Geßlers seien unwahr. Er hat die Beweise in Händen, daß Geßler diese Anweisung wirklich ergehen ließ.

Der Faszistenaufmarsch in Nürnberg

Nürnberg, 3. September.

Gestern und vorgestern fand die Feier „für Sedan und Tannenberg" in Anwesenheit bayrischer Prinzen, des Herzogs von Koburg, verschiedener reaktionärer Generale und natürlich Hitlers statt. Faszisten aus allen Teilen Deutschlands waren in Nürnberg konzentriert worden. Ludendorff und Hitler hielten wilde monarchistische, gegen die Arbeiterschaft gerichtete Hetzreden.

Ludendorff erklärte, das Hauptübel sei nicht die wirtschaftliche Not ... „sondern die „politische und völkische Not". Der Sieg von Tannenberg sei das Werk deutscher Fürsten gewesen; in erster Linie des Hohenzollernhauses. Am Sonntag, nach dem mit großem Klimbim aufgezogenen Feldgottesdienst mit Vorbeimarsch an Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern, Admiral Scheer, Ludendorff usw., ließ in der Festhalle Hitler eine blutrünstige Rede vom Stapel.

„Die innere deutsche Frage kann nur Blut und Gewalt des Eisens lösen. Deutschland fehlt noch eine starke nationale Revolution."

*

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten waren sich auch ohne Nürnberg über die Pläne der mordlustigen Faszistenführer klar. Wohlan denn, proletarische Gewalt gegen die faszistisch-kapitalistische.

Stresemanns Aufbau in Bayern

Der „Miesbacher Anzeiger", der törichterweise Angst hat, daß Stresemann vor Knilling nicht kapituliert habe und der vor allem diese Angst unter seinen Leuten erhalten will, schreibt folgende Zeilen über Stresemann: „Wer ist denn dieser Kanzler Stresemann, mit dem Ihr Euch jetzt herumzankt oder nicht? Der Beauftragte derer, mit denen wir's längst hätten aufnehmen sollen in Bayern. Scher Dich heim zu Deinen Preußen, zu Deinen Industriebonzen, zu Deinen Juden, Sozi und anderen Reichsverderbern, alter Einseifer, und glaube nicht, daß Du uns Bayern noch über den Löffel balbieren kannst! Wir werdens Dir und Deinen Partentkirchener Kunden schon zeigen."

Dreifache Friedenspreise für Kohlen

Berlin, 3. September.

Als heute sind die Kohlenpreise wiederum um 34 Prozent erhöht worden. Damit sind die Kohlenpreise auf das Dreifache des Vorkriegspreises gestiegen, während die ausländischen Preise nur das eineinhalbfache der Vorkriegszeit betragen.

Hilferding beherrscht weder den Dollarkurs, „noch die Wirtschaft". Wie lange wird er noch wirken?

10 Uhr vorm.: Dollar 13 500 000 Mk.

Die Kapitulation

Gleichzeitig mit dem Bombardement Italiens auf Griechenland hat ein Bombardement deutscher Ministerreden eingesetzt. Erst kamen die kleineren Geschütze als Vorbereitungsgefecht. Es sprach nach Hilferdings diversen Finanzreden der Wirtschaftsminister von Raumer in dem Sinne, wie es ein Aufsichtsrat oder ein Arbeitgeberverband von seinem angestellten Syndikus verlangt. Dann ließ sich der Reichsinnenminister Sollmann, der in der Praxis nur gegen links regiert, mit einigen schönen Redensarten über den labilen Widerstand im Rhein-Ruhrgebiet aus und sparte dabei nicht mit einigen Lufthieben gegen die deutschnationalen Rodomontaden und Steuersaboteure. Das alles natürlich nur, um einen Gefechtsschleier über die längst eingeleiteten und in voller Durchführung begriffenen Rückzugsmanöver zu breiten. Gleichzeitig hat ja auch in Sachsen der Ministerpräsident Dr. Zeigner seine völlige Unterwerfung unter die Forderungen der Großen Koalition vollzogen, wobei nur noch ein paar hohle Salven der Sozialdemokratie gegen den Minister Geßler abgegeben wurden, die wohl nicht unabsichtlich einen Meter über seinen Kopf hin abgegeben wurden.

Dann kam die große Kanone, der Reichskanzler Stresemann, und hielt höchst persönlich seine große Kapitulationsrede in Stuttgart. Er begann mit der auch in Württemberg nicht neuen staatsmännischen Weisheit, daß wir uns „in einer Lage von ungeheurem Ernst" befinden. In seiner, selbst für deutsche Redepolitiker ungewöhnlich langen Rede findet sich eine, seit Bülows Zeiten freilich weniger ungewöhnliche Gedankenarmut, die mit allerhand Seichtbeuteleien versetzt ist. Stresemann behandelte die innere und äußere Politik, wobei er in den Fragen der äußeren Politik freilich weit weniger offen Farbe bekannte, als in der Frage der inneren Methoden. Aber wer bisher noch daran gezweifelt hatte, daß das große Ruhrgeschäft nach Abbau des Widerstandes nunmehr perfekt sei und daß die wirtschaftlich kapitalistischen Verträge zwischen der deutschen und französischen Großindustrie so gut wie abgeschlossen sind, der konnte es an den mit allerhand Phrasen verbrämten Aeußerungen des Reichskanzlers deutlich erkennen. Die bisher noch im Dunkeln gehaltenen Verträge der Schneider, Creuzot und de Wendel mit Stinnes und Krupp werden nunmehr das offizielle Signum erhalten. Der internationale Kapitalismus thront in Siegerpose über dem liquidierten Ruhrabenteuer und mit vermehrten Kräften verschärft sich der beiderseitige Druck auf das deutsche und französische Proletariat.

Mit den Redensarten von einer internationalen Anleihe und dem geradezu aufreizenden Nonsens einer „Weltanleihe für den europäischen Frieden" wird dann der Uebergang geschaffen zur inneren Lage. Hier heißt es dann gleich mit rollendem Pathos: **„Wir lassen mit der Staatsautorität nicht Schindluder treiben! Wir werden die Staatsautorität durchsetzen gegenüber jedem, der da glaubt, sich über sie hinwegsetzen zu können."** Und nach diesem Augenrollen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft pflanzt er die rasselnde Redensart (aus dem Hindenburg-Programm) von der „Wehrpflicht des Besitzes", der „Wehrpflicht des Beamtentums" und der „Wehrpflicht der Arbeit" auf. Man muß über den Mut staunen, mit dem hier so getan wird, als ob der Besitz harte Steuern und Eingriffe in die Substanz zu ertragen habe, wo doch die Börse die Spekulanten und die Devisenschieber längst über die angedrohten Steuermaßnahmen kaltlächelnd zur Tagesordnung übergegangen sind und die Landwirtschaft die offene Steuersabotage zum deukschnationalen Programm erhoben hat. Die Börse und die Landwirtschaft lachen darüber, wenn dieser Reichskanzler den Mund aufreißt, um zu erklären, daß die Steuersaboteure hinter Schloß und Riegel gehören. Die Besitzenden, meint er, sollen „für das verlorene Vaterland ein Kalb schlachten" und Opfer aus der Substanz bringen. Sie haben andauernd aus der Substanz, nämlich aus der Arbeitskraft des gesamten werktätigen Volkes, Vorteile gezogen und Wucher getrieben und das Proletariat bis auf die Knochen ausgepumpt. So wollen sie es weiter treiben und die Arbeiter mit sogenannten „Goldpfennigen" abspeisen, während sie sich selbst die überfüllten Kassenschränke im Inland mit Goldmark, im Ausland mit hochwertigen Valuten und Devisen weiter überladen. Am deutlichsten aber wird Herr Stresemann in Anlehnung an das Stinnesprogramm mit der Forderung, durch Ueberarbeit auch aus dem ausgemergelten Arbeiter (und Beamten) noch das Letzte herauszuholen. Und, das zu einer Zeit, wo die Unternehmer außer der Steuersabotage auch die unverschämteste Produktionssabotage durch Einschränkung oder Stillegung ihrer Betriebe treiben. Insbesondere den Bergarbeitern wird zugemutet, durch Ueberstunden verbilligte und vermehrte Kohlen zu fördern. Das soll sich unter der Marke „sozialer Ausgleich" vollziehen, zu dem Zwecke, nicht etwa dem frierenden Proletariat für den Winter billige Kohlen zu verschaffen, sondern um einschneidende Maßnahmen, wie sie das Proletariat fordert, nämlich Kontrolle der Kohlenproduktion, Verteilung usw. auszuschalten und Eingriffe in die Preispolitik der Kohlenbarone zu verhüten, die durch ihre neuerliche Erhöhung die Kohlen bereits dreimal so teuer als in der Vorkriegszeit gemacht haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230904-18/fragment/page=0001

Im übrigen werden die Ueberstunden im Kohlenbergbau nur Poincaré zugute kommen, wenn die Regierung wieder die Halden sich füllen läßt, ohne ihre Ausnutzung und Verwendung durch die Arbeiter zuzulassen.

Die Rede Stresemanns, die letzten Endes nur auf die **Mehrausbeutung der Arbeiterklasse, auf die Aufgabe des passiven Widerstandes** und auf die **Türkisierung Deutschlands** durch die Ueberlassung von Reichsbesitz und Privatbesitz („produktive Pfänder") an Frankreich hinausließ, hat, wie der amtliche Apparat meldet, „auf den Kreis der Zuhörer tiefen Eindruck gemacht". Der Eindruck auf die Arbeiterschaft ist uns nicht zweifelhaft. Sie wird angesichts dieses Zusammenbruchs wissen, woran sie ist und was sie im Interesse des revolutionären Klassenkampfes zu tun hat. Das wird die beste Wirkung des „neuen" Regierungsprogramms der Firma Stresemann-Hilferding sein.

Die Eisenbahnen im Ruhrgebiet schon verschachert?

Der „Neuyork Herald" meldet, daß die Verhandlungen über die Abtretung der Eisenbahnen im Ruhrgebiet an ein internationales Konsortium bereits abgeschlossen sind. Eine Minorität von deutschem, holländischem und schweizerischem Kapital steht einer interalliierten Gruppe gegenüber.

Natürlich ist Herr Stinnes an dem Geschäft beteiligt: es ist das ja der erste Schritt zur Verwirklichung seines alten Programms. Sein Sohn hat für ihn verhandelt. An den Verhandlungen haben sich auch Thyssen und Otto Wolff beteiligt.

So stehlen die deutschen Unternehmer (die „patriotischen") dem deutschen Proletariat seinen Besitz und verschachern ihn an den „Landesfeind", um in ihrer Sprache zu reden. Die Regierung wird nicht nur nichts gegen diese Halunken tun, sondern sie wird sie für ihre Verdienste loben: denn die Politik der Koalitionsregierung ist die Politik der Stinnes, Thyssen und Wolff.

„Später griff anscheinend die Reichsbank wieder kursregulierend in die Bewegung ein",

schreibt die „Vossische Zeitung" am 1. September abends. In der Tat: Sie griff ein, weil der Dollar auf 14 Millionen stieg. Das „Eingreifen" bedeutet: Verpulvern von Devisen, weil der Dollar nach diesen „Kursregulierungen" noch toller steigen wird. Herr Hilferding arbeitet mit den Methoden des Herrn Hermes seligen Andenkens, der bei einer Fälschung seines billigen Weines sich jetzt sagen kann: Wie voll nahm doch Hilferding das Maul, und was kommt dabei heraus?

1000 Billionen überschritten

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt:

„Es ist schließlich kein Geheimnis mehr, daß die Höhe der schwebenden Schuld die Zahl von 1000 Billionen schon überschritten, sich also im Laufe des Monats August mindestens verzwanzigfacht hat. Gegenüber so gewaltigen Ausgabeposten kommt das Aufkommen aus den neuen Steuern nicht mehr wesentlich in Betracht."

Der Ausweis über die Reichsfinanzen der letzten Dekade liegt zwar noch nicht vor, die Angaben der „Frankfurter Ztg." werden aber stimmen. „Hilferding schaffte!" schrieb kürzlich die VSPD.-Presse. Sie hatte recht. Er hat's bereits geschafft. Glänzender noch als sein Vorgänger Hermes.

Amerika in Oberschlesien, Stinnes in Polen

Morgan, der amerikanische Bankkönig, Stinnes und der französische Kanonenkönig Schneider, haben brüderlich in Polnisch-Oberschlesien alle großen Stahlwerke aufgekauft.

Die polnische Regierung hat überdies eine „Anleihe" von Amerika erhalten; die verpfändeten Gegenwerte gestatten sehr wohl, von einem Verkauf Polens an die amerikanischen Großbanken zu sprechen.

Derselbe Stinnes, der im Osten einträchtlich mit Schneider arbeitet, tut das auch im Westen. Im Süden besucht er Mussolini, in Bayern Ludendorff. Man hat noch nichts davon gehört, daß der so forsche Sollmann den klugen Weiß veranlaßt hätte, seine Nase in die Stinnesschen Töpfe zu stecken, wo allerlei stinkt.

„Arbeit für Poincaré"

Die Regierung Stresemann-Hilferding ist, das weiß jeder, hauptsächlich dazu gebildet worden, um möglichst schnell und möglichst gründlich — vor Poincaré zu kapitulieren und dadurch den deutschen Kapitalismus vor der Revolution zu retten.

Das Zentralorgan der Lakaien, Hausknechte und Spitzel des Stinnes, das Zentralstreikbruchorgan Deutschlands, der „Vorwärts", der nur noch davon lebt, daß er auf die Kommunisten schimpft, tut so, als wüßte niemand, was der sehnlichste Wunsch der Führer der SPD. ist: mit Poincaré zur „Einigung" zu kommen, auch wenn dabei Millionen deutscher Proletarier zum Tode durch Hunger und Seuchen verurteilt werden.

Er bringt in seiner Sonnabend-Abendausgabe einen wahrhaft irrsinnigen Leitartikel: „Zwischen Moskau und Paris", der sicherlich den „ethisch-ästhetischen" Strategen des hallischen „Volks"-blättchen so entzückt hat, daß er ihn mindestens auszugsweise nachdrucken wird. Denn wie der Chefredakteur Stampfer wird sich auch der Herr „Chef"redakteur F. O. H. Schulz vom Harzblättchen mächtig aufgeregt haben, daß wir Kommunisten es klar aussprechen: **Reicht die Kraft des europäischen Proletariats noch nicht aus, den französischen Imperialisten ihr Erpresserhandwerk zu legen, so werden wir, um eine Atempause zu erlangen, „mit dem Gute der deutschen Kapitalisten die Unabhängigkeit Deutschlands erkaufen" müssen.** Das nennen die Herren vom „Vorwärts", die den Stinnes mit Schneider und de Wendel verhandeln lassen, „Arbeit für Poincaré". Wenn sie aber durch ihre Polizeiorgane unter Deckung der Faschistenbanden die revolutionären Arbeiter attackieren, wenn sie alle Minister ihres Kabinetts fortwährend beteuern lassen, sie seien die letzten „normalen" Minister und nach ihnen käme „das Chaos", wenn sie dem Poincaré nahelegen, so schnell wie möglich mit ihnen zum Abschlusse zu kommen, **aber auf Kosten des Proletariats,** „um Europa vor dem Chaos (!), die Kultur (!!) vor dem Untergang in neuen Bürger- und Völkerkriegen zu retten" — dann nennen sie das wahrscheinlich „Sozialismus". Es ist aber: **Arbeit für Poincaré und für Stinnes.**

Wie die Kommunisten „für Poincaré" arbeiten

(Eig. Drahtm.) **Essen,** 4. September.

Es ist der kommunistischen Aufklärungsarbeit gelungen, den Einfluß der Separatisten und Syndikalisten zurückzudrängen. Die Syndikalisten und Separatisten waren drauf und dran, die Arbeiterschaft und die Bergwerke an die Franzosen zu verhandeln. Am Sonntag fanden in allen Unterbezirken des besetzten Ruhrgebiets Funktionärversammlungen der KPD. statt. Es wurde übereinstimmend beschlossen, den passiven Widerstand weiter zu führen, trotzdem die Unternehmer in Aussperrungen und anderen Sabotageakten den passiven Widerstand erdrosseln wollen.

Der vorübergehende Einfluß der Separatisten und die syndikalistische Verwirrung waren in den Umfang nur deswegen möglich, weil die VSPD. und die Gewerkschaften lange Zeit sich einer Stellungnahme enthalten haben. In verschiedenen Orten haben die reformistischen Gewerkschaftsführer Sonderverträge mit den Unternehmern abgeschlossen, nach denen die Arbeiter unter unwürdigen Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen mußten.

Die Steuern fließen . . .

Tag um Tag meldet sich ein neuer „Patrioten"-Verein, der rund und nett erklärt: Wir zahlen keine Steuern.

In Bayern, der „Ordnungszelle" (wo Herr Stresemann Kotau gemacht hat), haben nacheinander die Spitzenorganisationen von Industrie, Handel und Landwirtschaft die Bezahlung der Steuern verweigert. Jetzt ist auch der Gewerbebund nachgekommen. Der „Bauerndoktor" Heim, dem, wie dem toten Kühlers, ein Franzos' von hinten lieber ist, als ein Preuß' von vorn, ruft die bayerischen Bauern auf, sich „auf den Endkampf vorzubereiten". Wir haben noch nichts davon gehört, daß der forsche Herr Stresemann gegen diesen guten Mann seinen Spitzelapparat in Bewegung gesetzt hätte. Wir können dem Reichsinnenminister aber von vornherein die Versicherung geben, daß im Bureau des Herrn Heim nicht direkte Verbindungen mit der „Regierung des Mondes", wohl aber mit der des Herrn Poincaré leicht gefunden werden können. Herr Heim erklärt nämlich ganz offen, daß die Große Koalition „etwa sechs Wochen" dauern wird, und daß dann — Bayern sich vom Reiche loslösen wird.

Die Bayerische Volkspartei, die Regierungspartei des Herrn Knilling (dessen Regierung auch nur in Bayern, also nahe, nicht „auf dem Mond" liegt), mobilisiert ihre Landtagsfraktion gegen die so schön „einmütig" im Reichstag beschlossenen Steuern, über deren Wunderwirkungen uns die anonymen Gewerkschaftsplakate und Paulchen Hertz so schöne Sachen erzählt haben.

Aber auch Herr Zeigner, der Gegenfüßler Knillings, kann in seinem „toten" Sachsen zeigen, was er kann: der Landeskulturrat und der sächsische Landbund erklären ebenfalls, daß sie nicht zahlen „können" (das heißt nicht zahlen werden).

Wir haben so die Einheitsfront der Ausbeuter, die garnicht daran denken, die Steuern zu bezahlen.

„Die Zeit", das Regierungsorgan Stresemanns, redet den Deutschnationalen sanft zu und klagt darüber, daß über einlaufende Zeichnungen auf die berühmte Goldanleihe nichts berichtet wird.

Das sanfte Zureden hilft bestimmt nichts. Man muß ihnen wieder nasse Hosen machen — dann werden die Steuern „fließen". Aber das werden uns die Arbeiter besorgen; gründlich das nächste Mal.

Doppelspiel der Zeigner-Regierung

Aus Leipzig wird uns berichtet:

Landesarbeitsausschuß und Landtagsfraktion der VSPD. haben am Freitag zur politischen Lage und zu dem Konflikt mit dem Reichswehrminister Geßler Stellung genommen. Nach der Aussprache kam folgende Entschließung zur Annahme:

„Landesarbeitsausschuß und Fraktion billigen einmütig das Vorgehen des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und sie erwarten, daß die von der Sozialdemokratie bei der Regierungsbildung im Reich gestellten und von den bürgerlichen Koalitionsparteien anerkannten Bedingungen, besonders die Loslösung der Reichswehr von den illegalen Rechtsorganisationen, unverzüglich durchgeführt werde. Als unerläßliche Vorbedingung sehe sie das Ausscheiden des Reichswehrministers Geßlers aus dem Kabinett an, da dessen Weiterverbleiben in der Regierung den Schutz und den Stand der Republik stark gefährdet. Landesarbeitsausschuß und Landtagsfraktion sind entschlossen, die Unhaltbarkeit des jetzt bestehenden Zustandes der Oeffentlichkeit nachzuweisen, wenn das der Sozialdemokratischen Partei gegebene Versprechen nicht eingelöst wird."

Danach scheint es, daß Wels in Dresden vorläufig abgeblitzt ist. Wie stellt sich die sogenannte sozialdemokratische Opposition zu der Tatsache, daß hinter Geßler Ebert steht? Wie will sie Geßler erledigen, ohne gleichzeitig die Große Koalition zu erledigen?

Die lauten Angriffe der Zeigner-Leute gegen den dunklen Punkt der Großen Koalition, Geßler, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in allen anderen Punkten nicht an einen ernsten Kampf gegen diese denken.

Zum italienisch-griechischen Konflikt

(WTB.) **London,** 4. September.

Die Blätter berichten, daß England sich weiterhin nachdrücklich für eine Entscheidung des italienisch-griechischen Konfliktes durch den Völkerbund eingesetzt habe.

(WTB.) **London,** 4. September.

Die Blätter dementieren die Gerüchte, wonach Großbritannien ein Uebereinkommen mit Griechenland getrieben habe. England habe die jetzige Regierung Griechenlands überhaupt nicht anerkannt.

Kuba präsidiert den Völkerbund. Genf, 3. 9. Zum Präsidenten der Völkerbundsversammlung wurde heute nachmittag der Vertreter Kubas, Senator Terriente, mit Stimmenmehrheit gewählt.

Das Wirtschaftsprogramm der Großen Koalition

Die Regierung der Großen Koalition, die sich selbst immer wieder von neuem die letzte Reserve der deutschen Bourgeoisie nennt, hat bei ihrem Amtsantritt kein Programm vorgelegt, weil sie keins hatte. Erst nach dem Marksturz, nach dem neuen Steigen der Preise, der Verschärfung der Krise und vor allem, als die Hoffnung, die neuen Steuern würden das Defizit des Staatshaushalts decken, endgültig sich als eine lächerliche, nicht mehr aufrecht zu erhaltende Illusion erwiesen hatte, da entwickelte Herr Hilferding sein Finanzprogramm, und nach schweren und langen Geburtswehen erschien die Notverordnung, die selbst der „Vorwärts" nicht als die „entscheidende Maßnahme" anspricht. Nun hat endlich auch der Reichswirtschaftsminister v. Raumer im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates das Programm der Großen Koalition entwickelt. Es ist ganz kurz und klar gesagt, das

Stinnes-Programm.

Raumers Ausführungen von vergangenen Freitag stimmen überein mit der Rede von Stinnes am 9. November 1922 im Reichswirtschaftsrat und mit den diesbezüglichen Teilen der Rede der deutschen Regierung an die Reparationskommission vom 13. November 1922.

Mehrarbeit, Arbeitszeitverlängerung und Aufhebung der Außenhandelskontrolle, das sind die entscheidenden Maßnahmen, die der Wirtschaftsminister der Großen Koalition fordert — und das sind auch die Forderungen der Stinnes und Thyssen, der Deutsch und Klöckner. Ist schon das Finanzprogramm durch einen Umfall vor dem Reichsverband — wie selbst das „Berliner Tageblatt" feststellte — zustande gekommen, so bedeutet das Wirtschaftsprogramm eines Ministeriums „mit maßgebendem, sozialdemokratischen Einfluß", daß die Regierung der Großen Koalition den Weg der Cuno und Becker weitergehen will.

Ebenso wie Hilferding den Finanzbankrott, so mußte Raumer den Wirtschaftszusammenbruch darstellen. Die Markentwertung kann die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie nicht mehr aufrechterhalten. Die Ausfuhr geht katastrophal zurück. Ausfuhrbewilligungen wurden im Mai für Waren im Werte von 614 Millionen Goldmark, im Juni für 380 Millionen, im Juli für 105 Millionen Goldmark erteilt. Selbst bei Berücksichtigung des Umstandes, daß die Ausfuhrangaben nicht stimmen, zeigt diese Zusammenstellung klar, daß immer mehr Industriezweige das Weltmarktpreisniveau überschreiten, ihre Konkurrenzfähigkeit trotz billigerer Export- als Inlandspreise verlieren. Dabei wird der Inlandsmarkt immer enger.

Die Rohstoffpreise stehen weit über Friedens- und Weltmarktsniveau. Die Kohlenpreise betragen das Doppelte der englischen Kohlenpreise. Das bewirkte z. B., daß auf der Leipziger Messe die ausgestellten österreichischen und tschechischen Waren billiger waren als die deutschen. Die Betriebsstillegungen beginnen jetzt schon im stärksten Maße. Stockt die Ausfuhr, so kommen auch keine Devisen herein, für die im Ausland Lebensmittel gekauft werden können.

Für die ungeheure Krise macht der Reichswirtschaftsminister die „hohen" Löhne und die Minderleistungen verantwortlich. Seine

Heilmittel

sind auch danach. Statt die tatsächlichen Ursachen der Krise zu untersuchen und tiefgreifende Maßnahmen vorzuschlagen, glaubt Herr Raumer beweisen zu müssen, daß er wie Becker alle Lasten von den Unternehmern auf die Arbeiter abwälzen muß. Die Löhne sind relativ zu hoch, also herunter mit ihnen. Von der Arbeitsleistung behauptet er, daß bei Zeitlohn nur 50 Prozent der Friedensleistung durchschnittlich geschafft werden. Selbst nach der Aufstellung des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist die Arbeitsleistung durchschnittlich nur auf 72 Prozent gesunken und an zahlreichen Beispielen kann der Beweis dafür erbracht werden, daß auch bei Zeitlohn die Friedensleistung erreicht wird. Herrn Raumer, den Männern der Großen Koalition und auch den Gewerkschafts- und VSPD.-Führern, die etwa ein Ueberstundenabkommen abschließen wollen, sei es gesagt, über diese Fragen gibt es **keine Diskussion.** Weder ein Pfennig Lohnabbau, noch eine Viertelstunde Ueberarbeit für den bankrotten deutschen Kapitalismus.

Besonders interessant ist die Begründung des

Abbaues der Außenhandelskontrolle.

Eine Verschleuderung der Waren sei **nicht** mehr zu befürchten, die Ausfuhrabgabe müsse **aufgehoben** werden, also sei die Außenhandelskontrolle überflüssig. Dabei ist natürlich gerade das Umgekehrte der Fall, eine **Verschärfung** der Ausfuhrkontrolle **unbedingt erforderlich,** ganz abgesehen davon, daß die gegenwärtige Lage eine ganz scharfe Einfuhrkontrolle erfordert, um jede nicht unbedingt vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft erforderliche Einfuhr zu verhindern. Es ist von ungeheuerer Bedeutung für die Beurteilung der Wirtschaftslage und aber auch des Anteils der deutschen Kapitalisten am Marksturz, daß selbst das Statistische Reichsamt seine Ein- und Ausfuhrwertangaben für 1922 **revidieren** mußte und ein **Aktivum** von 150 Millionen Goldmark feststellte. Auch in der ersten drei Monaten des laufenden Jahres war die Handelsbilanz **aktiv trotz Ruhrbesetzung.** Das zeigt, daß die deutschen Kapitalisten den größten Teil der aus dem Export gewonnenen Devisen im Ausland ließen und hier gegen Mark Devisen zur Einfuhr kauften und damit das Sinken der Mark herbeiführten. Es ergibt sich daraus, daß die Ausfuhrkontrolle in anderer Form unter entsprechender Mitwirkung der Arbeiterschaft unbedingt erforderlich ist.

Herr v. Raumer verlangt weiter: **Herabsetzung der Löhne.** Die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Mittelständler bezahlen den Löwenanteil der Steuern, die neuen Steuern werden auf die Konsumenten abgewälzt. — Herr v. Raumer verlangt **Aufhebung der Ausfuhrabgabe,** die Kohlenpreise betragen das Doppelte der englischen Kohlenpreise. — Herr Raumer verlangt nicht Herabsetzung der Kohlenpreise, sondern Aufhebung der Kohlensteuer.

Außer diesen schönen Vorschlägen tritt der Reichswirtschaftsminister für ein wertbeständiges Zahlungsmittel ein und erklärt sich für eine Goldnotenbank unter Beteiligung des ausländischen Kapitals.

Weg mit diesem Wirtschaftsprogramm! Weg mit der Großen Koalition!

Das ist der „Weg zur Rettung"! Das das Programm zur „Ueberwindung" der Krise. Für Arbeiter und Angestellte **Lohnabbau** und Arbeitszeitverkürzungen, für die Beamten Gehaltsabbau und Massenentlassungen, für den untergehenden Mittelstand — nichts! Er mag verrecken, wenn Deutsch und Stinnes leben und ihren Profit einstreichen. Der „Vorwärts" schreibt: „Nur in zwei Punkten hat Herr v. Raumer unrecht." Und das hallische „Volksblättle" erhebt in der Hauptsache gar nur in einem Punkte, dem Abbau der Außenhandelskontrolle (mit dem Abbau der Löhne scheint es einverstanden zu sein), Einspruch. Der „Vorwärts" schreibt: „Es ist nicht wahr, daß die Substanz aufgezehrt ist . . . Der zweite Punkt ist die Beurteilung der Löhne." Zawohl, „nur" in diesen zwei Punkten hat die Große Koalition „unrecht". Die Substanz kann nur durch Sachwerterfassung erfaßt werden, die Löhne dürfen nicht — auch relativ nicht — abgebaut werden. Die Arbeiter fordern „nur" Sachwerterfassung und Produktionskontrolle, aber sie dulden keine Große Koalition mit Stinnes-Programm. Nicht nur, weil sie nicht gewillt sind, für die Geldsäcke mehr zu arbeiten und weniger zu essen, sondern weil auch dieser Weg nur tiefer ins Elend führt.

*

Die uneinigen Retter

Die letzte Reserve der deutschen Bourgeoisie ist sich nicht einig, wie das Programm der Großen Koalition zur Rettung des deutschen Kapitalismus durchgeführt werden soll. Uneinig sind sie, von der Frage Havenstein angefangen bis zur Frage der wichtigsten Maßnahmen. Einig sind sie nur, daß die Bleiche da ist. Raumer schilderte sie ebenso schön wie Hilferding. Während VSPD.-Blätter zum zehntenmal „diktatorische Maßnahmen" gegen die Marksaboteure verlangen, glauben die bürgerlichen Regierungsparteien, daß sogleich die Konsequenzen der Darlegungen Raumers gezogen, **Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau** sofort durchgeführt werden müssen. Es ist auch besonders interessant, daß die „Deutsche Tageszeitung" behaupten kann, daß der amtlich ausgegebene Text der Rede Raumers manches **unterschlägt,** was sich in erster Linie gegen **Hilferdings Politik** richtet. Es ist klar, daß Raumer das Stinnesprogramm will, während die VSPD. noch immer ihre Hoffnung auf Finanzmaßnahmen setzt. Raumer ist für die Aufhebung der Außenhandelskontrolle, der offizielle Redner der VSPD. Wissell wandte sich dagegen. Raumer behauptet, alles Uebel kommt von den **„hohen Löhnen",** Wissell **weist nach, daß die Löhne nicht zu hoch** sind.

So kommt es, daß die Retter seit drei Wochen am Ruder sind, ohne irgend etwas zu unternehmen, trotzdem die Not und die Krise immer größer wird. Das Havensteinbarometer geht hinauf und herunter, und jeder Ressort macht eben ruhig weiter, was ihm paßt. Das ist der Weg zur Rettung!

Es ist klar, daß schnellstens Maßnahmen gegen den Lebensmittelmangel, gegen die Kapitalflucht, das Treiben an der Börse, die drohende Arbeitslosigkeit unternommen werden müssen. Der „Vorwärts" fordert selbst diktatorische Maßnahmen. Aber können diese Maßnahmen von der uneinigen Regierung Stresemann-Hilferding, in der der eine hierher, der andere dorthin zieht, durchgeführt werden? Glauben die VSPD.-Arbeiter, daß eine Regierung, deren Wirtschaftsminister das Stinnesprogramm vertritt, nur den „hohen" Löhnen und der „Minderleistung" die Schuld gibt, „diktatorische **Maßnahmen" gegen die kapitalistischen Schieber und Wucherer** durchführen wird? Oder erfordert nicht die Not sofortige entscheidende Maßnahmen, die aber nur eine **Regierung der Werktätigen** durchführen kann und nicht eine uneinige „Rettungsregierung"?

Ebenso wie in der Frage der Kapitulation, sind sich auch die Koalitionsbrüder in der Frage der Einführung der Goldrechnung und Goldwährung uneinig. Raumer verlangt vor allem Goldkonten und Goldgroverkehr für die Kapitalisten. Dem „Vorwärts" genügt das nicht. Er verlangt eine Goldwährung, deren Grundlage durch Beschlagnahme von Zahlungsmitteln und Goldwerten der Industrie, des Handels und des Großgrundbesitzes beschafft werden soll. Das ist aber wiederum gar nicht nach Herrn Raumers Geschmack. Dabei kann weder das eine noch das andere Hilfsmittel in dieser Form helfen, sondern nur den Zusammenbruch beschleunigen.

Rettung durch die Regierung Stresemann-Hilferding, die sich über die Maßnahmen nicht einigen kann? Das glauben die Verteidiger der Großen Koalition in der VSPD. selbst nicht. So muß denn mit aller Macht der Kampf gegen die Kapitalisten, die wieder alle Lasten den Arbeitern aufbürden wollen, vorbereitet werden. Nicht die uneinige „Regierung der Rettung", sondern die **Arbeiter- und Bauern-Regierung weist den Weg.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230904-18/fragment/page=0002

Hilferding und die Betriebsräte

Was er einst den Arbeitern gelehrt hat und heute sicher bereut

Die Regierung Stresemann-Hilferding hat sich in ihrer „Arbeiterpolitik" das schöne Ziel gesetzt, die Betriebsrätebewegung zu zerschlagen, weil das „letzte Bollwerk der Bourgeoisie" mitsamt dem „letzten bürgerlichen Kanzler" sehr gut wissen, daß die Räte der deutschen Bourgeoisherrlichkeit — trotz aller Verfolgungen — den Garaus machen werden.

Aber Herr Hilferding hat noch 1920, als es in seiner Partei Mode war, „auf dem Boden des Rätesystems" zu stehen (und Noske nebst seiner Partei Bluthunde und Verräter zu nennen), sich einige Male herabgelassen, vor Betriebsräten zu reden. Freilich hatte der austromarxistische rechte USPD.-Mann schon damals nicht eine Spur von Glauben an die Revolution und die Kraft des Proletariats, aber immerhin heulte er damals noch mit den Wölfen, und das klang auf dem 2. Betriebsrätekongreß (1920) so:

„... Bedeutsam ist die Rolle der Betriebsräte. **Ihre Rolle ist eine doppelte.** Sie haben erstens eine Erziehungsaufgabe. Sie müssen dafür sorgen, daß sie in die Geheimnisse der kapitalistischen Produktion eindringen, daß sie über das Betriebsrätegesetz hinaus sich die notwendigen Bedingungen schaffen, um eine wirkliche Einsicht in die Produktion, in alle Geheimnisse des kapitalistischen Betriebes, eine wirkliche **Produktionskontrolle**, erringen. Das ist also Erziehungsarbeit ... Das ist eine große Aufgabe der Betriebsräte, und sie haben auf der anderen Seite die Aufgabe, gerade, weil sie unmittelbar im Betriebe die gesamte Arbeiterschaft zusammenfassen, dafür zu sorgen, **daß sie zusammengefaßt wird, nicht im Interesse des Betriebszwecks, wie es im Gesetze heißt.** Das ist die große Gefahr, daß durch diese Zusammenfassung für den Kapitalisten, für den Betriebszweck sie sich nun fälschlich verleiten lassen könnten, unmittelbare kleinliche Betriebsinteressen im Einzelbetrieb mit durchsetzen zu wollen ... Es ist eine außerordentliche Gefahr, daß dadurch der Kampf der Arbeiterklasse von der Hauptsache abgelenkt wird ... **Diese Gefahr muß vermieden werden um jeden Preis, und sie können sie vermeiden, wenn sie nicht den Betriebszweck im Auge haben, sondern wenn sie im Auge haben den Zweck, für den sie wirklich da sind, nämlich das sozialistische Klasseninteresse des Proletariats. Dem Betriebszweck müssen sie entgegensetzen den Zweck, den Sozialismus zu erkämpfen."**

Heute läßt der gute Mann die Betriebsräte aussperren, weil sie „nicht den Betriebszweck im Auge haben", sondern „das sozialistische Klasseninteresse des Proletariats".

Kontrolle der Produktion? Abscheulicher Gedanke für den Finanzminister des bankrotten Staates, der den Steuerschiebern von Stinnes bis Raiffe mit traurigen, papierenen „Notverordnungen" beikommen will.

Kampf um die Macht? Muß mit Gefängnis, wenn nötig, mit Maschinengewehren, verhindert werden. Kampf gegen Kapitalisten, gegen Arbeitsgemeinschaft? Ein Verbrechen! Und früher hieß es bei Hilferding:

„Die Herrschaft über die Großindustrie bedeutet bereits die wirksamste gesellschaftliche Kontrolle auch ohne jede weitere unmittelbare Vergesellschaftung. Die Gesellschaft, die über den Bergbau, die Eisenindustrie, bis hinunter zur Maschinenindustrie, die Elektrizitäts-, die chemische Industrie verfügt, die über das Transportwesen herrscht, hat durch die Beherrschung dieser wichtigsten Produktionssphären die Verteilung des Rohmaterials an die anderen Industrien und den Transport ihrer Produkte in der Hand und kann so diese gleichfalls beherrschen. Die Besitzergreifung von sechs Berliner Großbanken würde ja heute schon die Besitzergreifung der wichtigsten Sphären der Großindustrien bedeuten und in der Uebergangszeit, solange kapitalistische Berechnung sich noch als opportun erweist, die Politik des Sozialismus in ihren Anfängen außerordentlich erleichtern.

Oekonomische Macht bedeutet zugleich politische Macht. Die Herrschaft über die Wirtschaft gibt zugleich die Verfügung über Die Machtmittel der Staatsgewalt.

Wenn uns die Machtverhältnisse schon zwingen, diese Sozialisierung Schritt für Schritt vorzunehmen ..., dann erscheint es mir als Mindestmaß, daß wir wenigstens in dem betreffenden Produktionszweig eine wirkliche Sozialisierung erreichen und nicht wieder eine solche paritätische Organisation, die ... doch immer bedeutet, daß die Stellung des Kapitalisten erhalten bleibt."

Arbeiter! Folgt den richtigen (seinerzeit von Euch erzwungenen) Regeln Hilferdings und jagt ihn und seinesgleichen gerade deshalb schleunigst zum Teufel.

Aus dem „freien" Hamburg

Die „Hamburger Volkszeitung" ist nach ihrem Erscheinen vom Polizeipräsidenten unter Vorzensur gestellt worden.

*

In einem Prozeß vor der Hamburger Strafkammer gegen zwei unserer Genossen wurde vom Gericht als wahr unterstellt, was unsere Genossen von der Tätigkeit einer polizeilichen Spitzelkompagnie und den Verbindungen behauptet hatten. Genosse Urbans wurde freigesprochen, Genosse Jensen erhielt wegen Wegnahme von Material aus dem Spitzelbureau eine Million Mark Geldstrafe. Der Koalitionssenat hatte den Kriminalbeamten untersagt, vor dem Gerichte eine Aussage zu machen.

Heute endgültiger Beschluß über die Beamtengehälter

Berlin, 4. September.

Den Blättern zufolge fanden gestern in der Frage der Abänderung der Zahlungen der Beamtengehälter erneut Beratungen des Finanzministers mit den Vertretern der Länder statt. Auch die einzelnen Spitzengewerkschaften besprachen gestern nachmittag die Angelegenheit. Für heute hat das Reichsfinanzministerium die Spitzenorganisationen der Beamten zu einer Besprechung eingeladen, in der den Gewerkschaftsvertretern die endgültigen Beschlüsse der Regierung über die Beamtengehälter mitgeteilt werden. Laut „DAZ." wird heute über die Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne im Laufe der Woche auch über die Erhöhung der Septemberbezüge der Beamten verhandelt werden.

Briefsperre für das besetzte Gebiet

(Eig. Drahtm.) **Benrath**, 4. September.

Die Franzosen haben über das gesamte besetzte Gebiet eine achttägige Briefsperre verhängt.

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Lederarbeiter!

Betrifft: Wahl zum internationalen Kongreß der Lederarbeiter in Dresden.

Der Kandidat der Opposition für die 1. Wahlabteilung (Gau Norden und Brandenburg) ist der

Kollege Richard Jäger, Berlin.

Jeder Kollege, der Interesse an einer arbeitsfähigen und im Interesse des internationalen Klassenkampfes eingestellten Internationale hat, gibt seine Stimme dem Kollegen Jäger, Berlin.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Gewerkschaftsmitglieder!

Das „Korrespondenzblatt" des ADGB. schreibt: „Es hat gar keinen Zweck, für die Gewerkschaften, der numerischen Stärke zuliebe, Schädlinge zu dulden, die den ganzen Körper zerstören."

Was das „Korrespondenzblatt" sagt, stimmt, wir rufen deshalb der Arbeiterschaft zu: Beseitigt die Schädlinge, hinweg mit den reformistischen Führern, die am Körper des Proletariats ein Parasitendasein führen. Die Forderung im „Korrespondenzblatt" muß sich gegen seine Verfasser selbst richten.

Nicht die Arbeiter, die um ihre nackte Existenz kämpfen, haben die Gewerkschaften zu verlassen, sondern die Reformisten, die mit den Interessen der Arbeiter Schindluder treiben.

Der Verbandstag der Metallarbeiter hinausgeschoben!

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes teilt uns mit:

„Der zum 17. September nach Kassel einberufene Verbandstag des DMV. muß leider verschoben werden, weil die Delegierten aus dem besetzten Gebiet zu dem genannten Termin nicht in Kassel erscheinen können. Die Sperre für das besetzte Gebiet läuft zunächst bis 18. September, ob sie verlängert wird, ist noch unbestimmt. Von den 204 Delegierten entfallen 73 auf das besetzte Gebiet. Ohne diese Delegierten den Verbandstag abzuhalten, ist unmöglich. Sobald den Delegierten des besetzten Gebietes eine Teilnahme am Verbandstag möglich ist, erfolgt dessen Einberufung."

Die Jenaer Zimmerer gegen die Passivität des ADGB.

In einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle Jena des Zimmererverbandes wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die dem ADGB. Thüringens den Vorwurf macht, daß er stets versagt hat, wenn es galt, die Arbeiter einheitlich zum Kampfe zusammenzufassen. Insbesondere wird dem Sekretär Hartmann das schärfste Mißtrauen ausgesprochen. Die Jenaer Zimmerer geloben weiter in der Resolution, mit allen Mitteln die Unterstützung des Betriebsrätekongresses für Thüringen zu fördern.

Ist Sparen wieder möglich?

Zeichne die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches. *482

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bewirkt werden.

Die faszistischen Kampfverbände in Deutschland

Von Hugo Eberlein

IV (Schluß)

Die Namen der faszistischen Organisationen, ihre Stärke und ihre Bewaffnung sind ungefähr folgende:

1. Consul (Organisation C).

Zirka 2500 Mitglieder in Bayern, im Reiche zirka 16 000 Mitglieder. Sie besitzen schwere Maschinengewehre, Minenwerfer, Geschütze, auch Flugzeuge und Tanks.

2. Reichsflagge.

6000 Mitglieder, Bewaffnung wie Consul, ohne Flugzeuge, ohne Tanks.

3. Stahlhelm.

3000 Mitglieder in Bayern, zirka 8000 im übrigen Reich, Bewaffnung wie Reichsflagge.

4. Oberland.

4500 Mitglieder in Bayern, sie wollen über 3 komplette Regimenter zu 1500 Mann verfügen, in Schlesien 8 komplette Regimenter zu 1200 bis 1500 Mann. Diese Angaben sind aber zweifellos übertrieben.

5. Nationalsozialisten.

In Bayern zirka 8000 Stoßtruppler; sie haben wenig Geschütze, zum größten Teil aber Handfeuerwaffen.

6. Bund „Bayern und Reich".

6000 Mann, sie haben eine größere Anzahl Maschinengewehre.

7. Blücherbund.

Zirka 3000 Mann, schwere Maschinengewehre, Minenwerfer, Geschütze, Flugzeuge und Tanks haben sie mit Consul gemeinsam. Es machen sich Bestrebungen bemerkbar, den Blücherbund, der unter dem Vorsitz des Regierungsbaumeisters Schäfer steht, und der nach der Fuchs-Machhaus-Affäre „gereinigt" wurde, mit der Organisation Consul zu verschmelzen. Die französischen Geldgeber haben jetzt bayrische Industriekreise abgelöst.

Auch zwischen der „Reichsflagge" und dem Bund „Bayern und Reich" sind Verschmelzungsverhandlungen im Gange.

Die Leitung der Organisation Consul hat nach der Flucht Ehrhardts, Kauter übernommen, der zum Bevollmächtigten von Ehrhardt ernannt wurde.

Eine weitere Gruppe von einiger Bedeutung ist der „Bund der Wiking", der allerdings mehr eine Führergruppe darstellt. Seine Mitglieder sind meist Offiziere. Die Ziele und Bestrebungen dieses Bundes gehen aus seinen Statuten hervor. Die Gruppe Amberg gab sich am 9. Mai 1923 folgende Statuten:

§ 1. Der Bund ist eine Vereinigung werktätiger deutscher Männer und erstrebt auf völkischer Grundlage die Wiedergeburt des deutschen Volkes in sittlicher, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Beziehung.

§ 2. Der Führer des Bundes ist der Gründer, welcher absolute Herrschaft besitzt von einem Jahrestag auf den andern.

§ 3. Verantwortlich für den Bund ist der Führer, welcher auch alle Schriftstücke des Bundes verantwortlich zeichnet.

§ 4. Die Mitarbeit in der Führung bestimmt der Führer.

§ 5. Die Mitarbeiter setzen sich zusammen aus dem Geldwart, Schriftwart, Unterführer, Zugführer und Gruppenführer, sowie dem Bekleidungs- und Ausrüstungswart. Weitere Aemter können je nach Bedarf vom Führer bestellen und bestimmt werden.

§ 6. Mitglied kann jeder unbescholtene Deutsche arischer Abkunft werden.

§ 7. Bei Aufnahme in den Bund wird jeder auf den Führer und sein Ziel vereidigt und gelobt damit unverbrüchlichen Gehorsam.

§ 8. Verfehlungen von Mitgliedern werden im Bundesgericht geahndet. Die Zusammensetzung der fünf Richter bestimmt der Führer.

§ 9. Ehrenhändel werden von einem besonderen Ehrengericht behandelt.

§ 10. Vollstreckung von Urteilen haben diejenigen auszuführen, die vom Führer dazu beauftragt werden.

§ 11. Das politische Programm ist das der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

§ 12. Der Bund ist ein vaterländischer Kampfverband.

Amberg, den 9. Mai 1923.

Wie aus den Statuten hervorgeht, ist auch dieser Bund heute mit der NSDAP. kartelliert, steht somit unter der Großdeutschen Bewegung.

Wenn in Süddeutschland die Verbindung der faszistischen Organisationen mit den legalen Militärorganisationen, der Reichswehr und der Schupo an vielen Orten vorhanden und nachgewiesen ist, so sind diese Verbindungen in Norddeutschland doch innerhin illegal und beschränken sich in der Hauptsache auf Führerelemente, während in Süddeutschland die Verbindungen der faszistischen Organisationen mit Reichswehr und Landespolizei ganz legal hergestellt werden und sich nicht nur auf gewisse reaktionäre Führerschichten beschränken. An den militärischen Felddienstübungen der Faszisten in der Umgegend von München beteiligen sich nachgewiesenermaßen ganze Truppenteile der Reichswehr, liefert die Reichswehr ganz offen Waffen und Munition und Ausrüstungsgegenstände für die faszistischen Organisationen. Und umgekehrt finden die Uebungen der faszistischen Organisationen in den Kasernen der Reichswehr unter Führung aktiver Reichswehroffiziere statt. So in Augsburg und in einer Reihe Münchener Kasernen.

Nachdem die Großdeutsche Bewegung unter Hitler-Ludendorff die Mehrzahl der Kampfverbände an sich herangezogen hat, fließen naturgemäß auch der größte Teil der Mittel, die von den interessierten Finanzgruppen beschafft werden, in die Hände der Hitler-Ludendorff-Bewegung. Während auf der einen Seite die separatistischen Organisationen um Alt-Oberland bittere Klage darüber führen, daß sie von der bayrischen Regierung nur äußerst schlecht entlohnt werden, treiben die Hitler-Ludendorff-Leute großen Aufwand. Sie bekommen einen Teil ihrer Mittel durch Sammlungen bei den Geschäftsleuten und kleineren Fabrikanten des Mittelstandes, sie erhalten größere Zuwendungen der Auslandsdeutschen, die erheblich in Erscheinung treten, weil die Auslandsdeutschen Valuta bringen. Sie sind am französischen Frank sicher stark interessiert; bei der kürzlichen Verhaftung des führenden Nationalsozialisten Lübecke wurden bei ihm hohe Frank-Beträge gefunden. Aber all diese Einnahmen sind gewiß nur ein kleiner Teil ihrer Gesamtausgaben. Mit ziemlicher Sicherheit ist anzunehmen, daß die eigentlichen Geldgeber der Verband bayrischer Industriellen ist. Die bayrische Presse der Demokraten, auch das „Berliner Tageblatt" hat wiederholt den Syndikus des Verbandes der bayrischen Industriellen (Schwerindustrie) Dr. Kuhlo beschuldigt, den Nationalsozialisten hohe Geldbeträge überwiesen zu haben. Dr. Kuhlo hat sich nicht verteidigt. Damit kann die Beschuldigung der Demokraten als wahr angenommen werden.

Neben diesen faszistischen Organisationen bestehen noch besondere Formationen von Zeitfreiwilligen, die auch offiziell verboten, jedoch als Hilfstruppen der Reichswehr weiter existieren. Die Zeitfreiwilligen-Bataillone bestehen in der Hauptsache an den Universitätsorten, die gesamte deutschnationalae Studentenschaft gehört ihnen an. Die Mitglieder der Zeitfreiwilligen-Bataillone sind aber gleichzeitig noch Mitglieder anderer faszistischer Organisationen.

*

Diese Darstellungen beabsichtigen keineswegs, ein vollständiges Bild der deutschen faszistischen Kampforganisationen zu geben. Auch in anderen Gegenden Deutschlands, insbesondere in Württemberg, in Niedersachsen, an der Wasserkante, und insbesondere Ostpreußen und Schlesien gibt es zahllose faszistische Organisationen, die aber erst im Entstehen begriffen sind. So bilden sich insbesondere in Norddeutschland große Reitervereine, in Württemberg die Jungbauern und Schützenvereinigungen, die sich immer mehr zur schwarzen Reichswehr ausbilden. Viele von ihnen haben sich politisch noch nicht entschieden. Sie gliedern sich aber alle den hier geschilderten Richtungen an, gleichen in ihrer politischen Einstellung den hier geschilderten Organisationen. Es wird nach dem oben Ausgeführten den Arbeitern in jedem Orte leicht sein, die vorhandene faszistische Kampforganisation in den obigen Rahmen einzugliedern.

Es ist Aufgabe aller revolutionären Arbeiter, in allererster Linie der Kommunisten, in allen Orten des Reiches auf der Hut zu sein und genau festzustellen, die Größe, den Umfang, die Bestrebungen die Einzelorganisationen, denn nur, wenn wir diese Organisationen kennen, können wir erfolgreich den Kampf gegen sie führen.

Vom Tage

Die Erdbebenkatastrophe in Japan

100 000 Tote in Tokio und Jokohama

Die furchtbare Erdbebenkatastrophe, durch die Japan heimgesucht wurde, ist die schrecklichste seit 20 Jahren. Das Beben hat außer in Jokohama besonders in Tokio, Atami und Ito gewütet. Nach den vorliegenden Meldungen beträgt die Zahl der Toten in Tokio und Jokohama allein über 100 000.

Es soll sich nach englischen und amerikanischen Meldungen um ein Erd- und Seebeben gehandelt haben, das sechs Minuten gedauert hat. Jokohama und Tokio, mit Ausnahme des Viertels von Shiba, seien große Flammenmeere, in deren Straßen die Leichen bei Ausbruch des Feuers bereits in Haufen infolge des Einsturzes von zahlreichen größeren Amtsgebäuden und steinernen Geschäftshäusern gelegen haben. Das Arsenal von Tokio ging in die Luft, wobei mehrere tausend Menschen umkamen. Die Wasserleitungs- und Beleuchtungsanlagen der Stadt sind zerstört: die Mehrzahl der Gebäude ist verbrannt. Das Feuer brach an verschiedenen Stellen gleichzeitig aus und dehnte sich mit rasender Schnelligkeit auf die Stadt und die Vororte aus. So ist das ganze Arbeiterviertel von Tokio vollkommen eingeäschert worden.

Da alle Kabel von Japan in östlicher und westlicher Richtung abgerissen sind, funktioniert der gesamte Nachrichtendienst von Japan aus nur noch drahtlos durch Indien und über das amerikanische Funkennetz im Pacific nach San Francisco. Die Erschütterung, die das japanische Erdbeben an der Erdoberfläche verursachte, ist so heftig gewesen, daß sämtliche seismographische Instrumente versagten. Die Stadt Atami wurde ebenfalls zerstört, wobei 7000 Menschen getötet wurden. Die Stadt Ito wurde durch eine Springflut hinweggerafft. Der Tunnel bei Sasaki stürzte zusammen, wobei 600 Personen den Tod fanden.

Gleichzeitig mit dem Erdbeben gingen ungeheure Wolkenbrüche über die Gegend von Hongkong nieder, die mehrere gefährliche Erdrutsche nach sich zogen. Ein solcher Erdrutsch hat sich in der Nähe der Kathedrale von Hongkong ereignet.

Einer Reutermeldung aus Osaka zufolge ist in ganz Japan das Kriegsrecht proklamiert worden. Nach einer drahtlosen Meldung des Dampfers „Korea Maru" sind 200 000 Menschen in Jokohama obdachlos und ohne Nahrung.

Die Vulkane immer noch in Tätigkeit

London, 4. September.

Zur Erdbebenkatastrophe in Japan wird weiter gemeldet: Eine Reihe von Vulkanen ist in lebhafter Tätigkeit. In Jokohama erfolgten gestern abend weitere Erdstöße. Tokio, Jokohama und eine große Anzahl anderer Städte sind teilweise oder fast völlig vom Erdbeben oder den Springfluten zerstört. Nach den letzten Schätzungen beträgt die Zahl der Toten in Tokio und Jokohama 200 000. Tokio brennt noch immer. Wie gemeldet wird, sind das japanische Auswärtige Amt, das Finanzministerium sowie die Bureaugebäude der Bank von Japan durch das Feuer zerstört worden. An der Küste wurden durch eine das Erdbeben begleitende Sturmflut ganze Städte weggeschwemmt und teilweise überflutet. Aus Osaka wird berichtet, daß der Kaiser, die Kaiserin und der Prinzregent in Sicherheit sind. Ueber die auswärtigen diplomatischen Vertreter und die zahlreichen Europäer in Japan ist bisher keinerlei Bericht eingegangen. Der Befehlshaber des amerikanischen Flottengeschwaders im Stillen Ozean hat acht Schiffe mit Lebensmitteln und Arzneien abgesandt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230904-18/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Der Arbeitsnachweis im Leunawerk als Maßregelungsinstitut

Immer unverhüllter tritt der Zweck dieses sogenannten Arbeitsvermittlungsbureaus zutage. Meldet sich ein Arbeiter, so erhält er bei vorhandener Vakanz eine Karte zur Einstellung bei einer Baufirma oder beim Werk. Er wird aber nicht sofort eingestellt, sondern muß vorher angeben, wo er in den letzten zweieinhalb Jahren gearbeitet hat. Warum das verlangt wird, ist hier schon oft erörtert, nämlich die Werksleitung erkundigt sich bei allen Arbeitgebern, wo der Arbeitsuchende in der obengenannten Zeit gearbeitet hat. Ein Schnüffelsystem schlimmster Art hat sich dabei herausgebildet. Was geht es dem einer Werksleitung an, wo und womit ein Arbeiter beschäftigt war? Ist es doch vorgekommen, daß man Arbeiter acht Tage und länger auf Einstellung hat warten lassen und dann kam eine Ablehnung ohne Angabe der Gründe. Und da wollen die Herren Doktoren der Direktion des Ammoniakwerkes von sich noch behaupten, daß sie gerecht denken und handeln? Im Gegenteil, dieses Werk ist die verrufenste Arbeitsstelle in ganz Deutschland geworden. Wer mit jenem Eldorado nichts zu tun hat, kann sich glücklich fühlen. Ob denn den Arbeitern des Werkes nicht doch einmal die Galle überläuft?

Bergarbeiterlohn und Kohlenpreis

Die Kohlenpreise in Deutschland haben die doppelte Höhe des Weltmarktpreises erreicht. Schuld daran sollen nach Ansicht der Grubenbarone und der Stinnespresse, aber auch sozialdemokratische Zeitungen und sozialdemokratische Gewerkschaftsführer schreiben und reden von den „hohen Löhnen" der Arbeiter, die Löhne der Arbeiter sein. Obgleich die Löhne der Bergarbeiter jetzt „wertbeständig" gemacht worden sind, sind sie um annähernd das Einmillionenfache gestiegen, während die Kohlen- und Brikettpreise um über das Viermillionenfache gestiegen sind. Wenn die öffentlichen Lasten, die der Konsument mit dem Kohlenpreis mitbezahlen muß, wie Kohlensteuer, Bergarbeiter-Heimstättenabgabe, abrechnet, so bleibt immerhin die Tatsache bestehen, daß der Brikettpreis das Dreimillionenfache beträgt. Das Verhältnis der Steigerung der Kohlenpreise und Bergarbeiterlöhne ist also 3:1. Während in der Vorkriegszeit der Lohnanteil am Brikettpreis ungefähr 50 Prozent betrug, macht er heute rund 10 Prozent aus.

Steuernzahlen war von jeher die schwache Seite der Unternehmer. Die neuen Steuergesetze, besonders die Lohnsummensteuer, werden durch Einschränkung der Betriebe sabotiert. So sind im Zeitz-Weißenfelser Kohlengebiet Hunderte von Bergarbeitern entlassen worden, auf einigen Abraumbetrieben sind Feierschichten eingelegt worden, angeblich, weil für Rohbohle kein Absatz vorhanden sein soll. Und während Entlassungen und Feierschichten eingelegt werden, wird die Arbeiterschaft zu Ueberschichten gezwungen.

Durch dieses Gebaren wird der Lohnanteil an den Produktionskosten noch weiterhin gesenkt und, was jetzt die treibende Kraft ist, die Lohnsummensteuer wird sabotiert, denn je weniger Arbeiter beschäftigt werden, desto weniger Steuern brauchen bezahlt zu werden. Gegen diese Produktions- und Steuersabotage ist die „starke und brutale" Regierung Stresemann-Hilferding vollkommen ohnmächtig. Stresemann selbst kündigt ja die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit an. Gegenüber diesen Sabotageversuchen, die nach der Rede Stresemanns zur Verlängerung der Arbeitszeit führen müssen, müssen die Bergarbeiter klar und deutlich sich mit dem Problem der Produktionskontrolle und Uebernahme der Betriebe und der politischen Macht durch die Arbeiterklasse beschäftigen.

Bitterfeld. Kommunistische Parteigenossen! Am Donnerstag, dem 6. September, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant aus der Chemie-, Bergbau-, Klein-, Tonröhren- und Papierindustrie. Erscheinen aller ist Pflicht. Ohne Mitgliedsbuch der Partei kein Zutritt.

Zschornewitz. Die Antwort an die Verräter. Während des Generalstreiks schrieben „Volksblatt" und „Vorwärts" vom „kommunistischen Terror" im Kraftwerk. Nur durch den schlimmsten Terror sei die Belegschaft zum Streik gezwungen worden. Damit gaben diese beiden Denunzianten-Organe der Staatsanwaltschaft den Fingerzeig für die Verhaftung der Streikleitung. Nach dem Generalstreik war im Kraftwerk Betriebsratswahl, bei der für die Kommunisten 690 Stimmen und für die Partei, deren Führer und Zeitungen sich immer mehr zu berufsmäßigen Denunzianten revolutionärer Arbeiter ausbilden, 236 Stimmen abgegeben wurden. Der neugewählte Betriebsrat setzt sich aus 8 Kommunisten und 3 Sozialdemokraten zusammen. Das ist die Quittung der Belegschaft des Kraftwerkes Zschornewitz auf den „kommunistischen Terror" während des Generalstreiks. Ob „Volksblatt" und „Vorwärts" das Ergebnis der Betriebsratswahl ihren Lesern zur Kenntnis bringen werden?

Unsere Trägerinnen kassieren die erste Ratenzahlung von 1100000 Mk. ein. Leser, legt das Geld bereit!

Jugendschriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Mit Stanley im dunkelsten Afrika
das elementarste Film-Werk aller Zeiten und Völker.
Erstaufführung: **Donnerstag, den 6. September, „C.-T.", Große Ulrichstraße 51.** 3823

Volkspark-Varieté. Allabendlich um 8 Uhr: Das [3816 Riesen-Varieté-Programm. Dienstag und Mittwoch: Große Tanz-Abende.

K.P.D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107601. Artur Schmisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Mittwoch, den 5. September, abends 7 Uhr, im Sitzungszimmer der „Produktiv-Genossenschaft":

Verwaltungs-Sitzung.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.
Fritz Kroß.

Ortsverein Halle

Bezirksreferenten. Mittwoch, 5. September, abends 8 Uhr, in der „Prod.-Gen."

Distrikt 4. Donnerstag, 6. September, abends 7½ Uhr, in Seleris Restaurant, Spitze: Distriktsversammlung. Sämtliche Funktionäre sowie Mitglieder und Frauen haben der Wichtigkeit halber zu erscheinen.

Distrikt 6. Donnerstag, 6. September, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Distriktsversammlung.

Distrikt 7 u. Freitag, 7. September, abends 7½ Uhr, im Südpol: Distriktsversammlung. Funktionäre um 7 Uhr. Referent zur Stelle.

Distrikt 19 (Kroitha). Donnerstag, 6. September, abends 8 Uhr, in den „Trotzhaer Ballsälen": Distriktsversammlung. Referent anwesend.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

halle-Saalkreis

Wörmlitz und Mettin. Mittwoch 5. September, abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlungen mit dem Thema: „Die Arbeitslosen und die Erwerbslosenfrage." Alle Arbeiter haben zu erscheinen.

Büschdorf. Mittwoch, 5. September, abends ½8 Uhr, im Gasthof Rache: Oeffentl. Versammlung.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 5. September, abends 6 Uhr, im „Lindenhof": Arbeiter L.-Versammlung. Referent: Vertreter der Bezirksverwaltung Leipzig.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Betriebszelle Meinthal, Donnerstag, 6. September, nach Arbeitsschluß, im „Fürst Bismarck": Wichtige Zusammenkunft.

Golpa. Mittwoch, 5. September, abends 7½ Uhr, im Gasthof Roa: Mitgliederversammlung.

Wolfen. Mittwoch, 5. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Rede: Mitgliederversammlung.

Kreis Zeitz

Kreisleitung. Mittwoch, 5. September, nachmittags 5 Uhr: Sitzung. Jedes Mitglied der Kreisleitung hat unbedingt zu erscheinen.

Zeitz. Mittwoch, 5. September, abends ½8 Uhr, im „Preußenhof": Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse W. Sachse, Halle.

Kreis Naumburg

Naumburg. Donnerstag, 6. September, abends 8 Uhr, im „Ratskeller": Oeffentl. Versammlung.

5 Tage

beträgt die Zahlungsfrist für die Rechnungen der Bezirks-Zentral-Buchhandlung, sonst werden die ausgestellten Rechnungen ungültig und Rechnung wird nach der neuen Schlüsselzahl umgesucht.

strömen der KPD. neue Mitglieder zu und bestellen zugleich die größte politische Tageszeitung Mitteldeutschlands, den „Klassenkampf". In den ersten Tagen des September beginnen wir mit dem Abdruck eines neuen berühmten Romans: „Das Metall der Toten" von Concha Espina.

Für das werktätige Volk!
(Wechselfälscher Arbeitermord — Arbeitermord in Rosenheim, Feucht, Remscheid, Zeitz . . . — Der letzte Generalstreik)

SOEBEN ERSCHIENEN
ist die illustrierte satirische Zeitschrift:

„DAS HAKENKREUZ"

Ihre Mitarbeiter Rudolf Schlichter, Schmalhausen, Hartfieldt, Max Barthel und einige andere bekannte Schriftsteller zeigen in 15 Illustrationen, Artikeln und Gedichten die nationalsozialistische und faschistische Bewegung in ernster und satirischer Weise. Sie geben durch eine gute Veranschaulichung jener abstoßenden, verzweifelten Mittelschicht des deutschen Volkes Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie sie von den Hitlers und Ludendorff in Deutschland als Werkzeug zu allerhand politischen Plänen benutzt werden sollen.

Diese Zeitschrift wird in kurzen Zeitabständen, voraussichtlich alle 14 Tage, erscheinen und zu allen ökonomischen und politischen Tages- und Parteifragen ernst und satirisch Stellung nehmen. Der Grundpreis beträgt pro Exemplar 0,10 M. und ist mit dem Schlüssel unseres Verlags zu multiplizieren. Organisationen erhalten den bekannten Rabatt. Bestellungen sind zu richten an die

Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14.

Volksport.
Heute:
Gr. Volkskonzert.
Anfang 8 Uhr. [3817

Bettwäsche!
Vorteilhafte Angebote aus unserer eigenen Fabrikation.
Der Weg zu uns lohnt sich!
Bettbezüge 8360 L., 11300 L. usw.
Kissen 2530 L., 3600 L. usw.
Bettlaken 4950 L., 7700 L. usw.
Handtücher 770 L., 1100 L. usw.
Fert. Inlette 13200 L., 25900 L. usw.
Bettbezüge 17600 L., 23600 L. usw.
Tischtücher 9240 L., 12600 L. usw.
Reelle, sachmänn. Bedienung.
Berliner Bettwäsche-Fabrik,
Halle a. d. S.,
Ludwig-Wucherer Str. 28. *483

An unsere Inserenten!

Der jeweilige Preis der für die Berechnung der **Anzeigen** in Frage kommt, ist am Kopf unserer Zeitung angegeben. Eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht. **Verlag Klassenkampf.**

Bekanntmachung.

Gemäß der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 31. August 1923 treten die bereits veröffentlichten Grundlohnstufen 35 (6 200 000 Mk.), 36 (7 000 000 Mk.) und 37 (8 000 000 Mk. Grundlohn) bereits am 3. September 1923 in Kraft. Die Vorleistungen aus diesen Grundlohnstufen werden ab 1. Oktober 1923 gewährt.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß die für die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten, Angestellten usw. ebenso wie für die Hausgewerbetreibenden maßgebende Versicherungsgrenze mit Wirkung vom 27. August 1923 auf 1 500 000 000 Mk. festgesetzt ist und daß die hiernach neu versicherungspflichtig werdenden Angestellten bezw. Hausgewerbetreibenden innerhalb 3 Tagen der Kasse zu melden haben.

Halle, den 4. September 1923.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
K. Kleemann, Vorsitzender. 3819

Unser Lied.
Liederbuch mit Noten, Notenschrift, einig. Worten zum Mandolinen- und Gitarrespiel.
Ueber 250 Kampf- und Wanderlieder
Zu beziehen durch die Bezirks-Zentralbuchhandlg., Lerchenfeldstr. 14

Vereine

benötigen **Drucksachen!** Bestellt dies. bei der Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor. Jeb. Mittwoch, ab. 8 U. i. „Volkspark": Singestunde.

Frauen- und Mädchen-Chor. Donnerstag keine, sondern Mittwoch, den 5. September, 8 Uhr, i. „Volksp.": Singestunde.

Giebichensteiner Arbeiter-Liedertafel Mitgl. d. Kommun. Arb.-Sänger-Bos. Vereinslokal: „Lilder-Berg", Neust. Jeb. Freitag, abds. 8 U. Singestunde. Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Die Naturfreunde. Heim: Weidenpl. 20 (Eleben-Eingang). Jeden Freitag, v. 7 bis 10 Uhr (auch f. d. Ferienheim-Genossenschaft): Sammelabend, sowie Ausgabe von Karten u. Büchern u. Fahrtbesprechung. Jeden Dienstag, ab 7 Uhr: Zusammenkunft Bez. Gruppen Nord: Mittelkindschule, Mitte: Laurentiusstr. 29, Süd: Toschule, Zimmer 52. Kindergruppen von jetzt ab: Jeb Dienstag von ½5-7 Uhr, für Kinder v. 7 bis 10 Jahren i. Heim, Laurentiusstr. 29. Jeden Donnerstag von 5-7 Uhr, für Kinder von 11 bis 14 Jahren, i. Heim, Weidenpl 20 (Neb.-Eingang). Musikgruppen. Jetzt wieder: Anfängergruppe jeb. Donnerstag von 8 bis 10 Uhr, i. Heim, Weidenpl. 20. Kinder v. 7-8 Uhr — Notenpiel. Jeb. Freitag, v. 7½ bis 10 Uhr, im Heim Laurentiusstr. 29. Heute, Hr. Mitte: Wichtige Zusammenkunft. Besprechung über Neuaufbau d. Gruppe. Sonntag: Jahresfest auf dem Petersberge. Beginn um 10 Uhr. Abmarsch um 7 Uhr v. Wett. Platz

Arb.-Esperanto-Bund i. Deutsche Sprachgebiet Ortsgruppe Halle. Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Allg. Arbeiter-Union (Nev. Betr.-Org.). Heute, Dienstag: Funktion.-Sitzung. Freitag: Mitgl.-Versammlung.

Arb.-Samar.-Kol. Halle Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. B. Jeden Dienstag, i. der Alten Volksschule, Zimmer 41, Eingang von der Neuen Promenade: Uebungsstunde. Mitglieder werden noch angenommen.

Prolet. Kulturverein „Halle. Lokal: „Lilder-Berg". Dienstag, nachm. v. 5-7 Uhr, in „Lilder Berg": Kindergruppe. Diskussionsabd. fällt aus. Mittwoch, pünktlich 7 Uhr im „Volkspark": Generalprobe d. gel. Vereinigung. Freitag, ab ½8 Uhr, im großen Saale des „Volksparks", Theaterabd.: „Frei-Wild".

D. Arb.-Abstiñ.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsst.: Zinsgartenstraße 15. Bibliothek: Bücherausgabe jeb. Montagnachm. 5-6 Uhr. Mittwoch, abends ½8 Uhr, in der Alten Volksschule, Zimmer 40, Vortrag: „Wie wir wandern".

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle. I. Halb. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr im Zeichensaale der Alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S. Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B. Vom Mittwoch, dem 12 September an, find. uni. Uebungsstund. wieder regelmäßig i. Stadtbad statt, und zwar: Mittwoch, v. 8-9 Uhr Damen-Abteilung. Donnerst. v. 7-8 Uhr Schüler-Abteilung — von 8—9 Uhr Männer-Abteilung. Dienstag, 4. Sept., abds. 7½ Uhr, beim Genossen Günther, Gräfestr. 16: Bezirks-Vorst.-Sitzg. Sonnabend, 8. Sep., abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossensch.": Mitglied.-Versammlg.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausst. 16. Mittwoch, 4 Uhr: Versammlungen f. Gruppe Norden i. „Volksp.", Gruppe Süden, i. d. „Prod.-Genossenschft.", für Gruppe Zentrum, 5 Uhr im „Zugendheim". Schulleiebuch mitbringen. Freitag, nachmitt. 4 Uhr: Spielen a. d. Peißnitz f. alle Gruppen. Sammelliisten sofort abrechnen.

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von 6—8 Uhr. Bibliothek: Mittwoch von 8-9 Uhr. Dienstag, abends ½8 Uhr, in der Taubenschule: Turnen. Mittwoch, abends ½8 Uhr, i. Heim: Zentralleitung. Die Leiter d. Betriebszellen haben ebenfalls zu erscheinen. Donnerstag, abds. ½8 Uhr: Gruppenabende i. d. Taubenschule u. Bennenschulen im Heim.

Stadt-Theater Mittwoch, [3822 abends 7½ Uhr: **Die Nibelungen.** Donnerstag, abends 7½ Uhr: Der Freischütz.

Kleiderschränke 2 kleinere preiswerte komplette Küchen, einzelne Küchenbüfetts, Bettstellen mit u. ohne Matratze, Waschkommoden, Nachtschränkchen, roh, auch gestrichen, verkauft 3820 **Max Jungblut,** Möbelgeschäft, Albrechtstr. 37, I.

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend **Metall-Kontor** Alice Abramowitz, Schmeerstr. 14, I. (Kein Laden)

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlg.

8 tung!! 8 tung!! Stückseife 200 Nägel nur 2 Mill. Bei empfindl. Schuhcreme sofort, in großer Vorrat reichl. Verkauf 10-12, 4-6. Fischerplatz 1 b, hol. [3818

Küchenneueinrichtung bill. u. vert. Nietleben, Eisleber Straße 31.

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein, Kröllwitz Vereinslokal: Lindenhof. Uebungsstunden. Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Jugd.-Mand.-Abt. Dienstag u. Donnerstag v. 7-9 Uhr.

Kroitha

Arb.-Bildungs-Verein, Kroitha Lokal: Kroitha, Bahnhofstr. 8. Uhr: Dienstag, 8 Uhr: Diamat. Abteilg. Dienstag, 8 Uhr: Jugend-Abteilung. Mittwoch, 8 Uhr: Gesangs-Abteilg. Freitag, 8 U.: Kinder-Mandol.-Abtlg. Freitag, 8 U.: Jgd.-Mandol.-Abteilg. Dienstag, 4. Sept., abds. ½8 Uhr, im Vereinslokal: Vorstands-Sitzung. Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Denkt an die „Rote Hilfe!"

Dixin Henkel's Seifenpulver
Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230904-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 4. September 1923.

Der Kampf gegen die Tuberkulose — ein Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung

Mit brutaler Grausamkeit offenbart sich auch denen, die es bisher noch nicht glauben wollten, daß das deutsche Volk, d. h. die schaffende Bevölkerung, dem Tode preisgegeben ist, wenn nicht wirtschaftliche Verhältnisse geschaffen werden, die dem arbeitenden Volke Erhaltung der Lebenskraft gewährleisten. Der Kapitalismus in seiner Frühzeit mußte eine ungeheuere Ausbeute an der Volkskraft vornehmen, um in der ganzen Welt regieren zu können. Heute ist er so weit, daß er mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf die Millionen Proletarier seine Macht vor dem Untergange zu retten versucht. Kriege, Krankheiten und Seuchen waren Folgen kapitalistisch-imperialistischer Raubgier. Die Tuberkulose, jene Proletarierkrankheit, wütet augenblicklich in geradezu erschreckender Weise. Der Tuberkelbazillus nagt an dem widerstandsunfähigen und unterernährten Körper, so daß beute kein Proletarier in Deutschland mehr sicher ist, den Todeskeim in sich zuzunehmen, der ihn morgen aufs Sterbelager zwingt. Die entsetzlich traurige Lebenshaltung in den Familien der deutschen werktätigen Bevölkerung ist die Ursache jenes Todeskeimes, den Dr. Koch einstmals entdeckte.

Der „Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose" veranstaltet zurzeit aufklärende Lichtbildervorträge „Die weiße Seuche", in denen die große Gefahr der Tuberkulose und ihre Bekämpfung geschildert wird. Der Kampf gegen die Tuberkulose ist keine private Angelegenheit, sondern ist ein Kampf um die Wirtschaftsordnung geworden, an dem das gesamte werktätige Volk Interesse haben muß. Die Aenderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist nicht Aufgabe einzelner Personen, sondern des gesamten schaffenden Volkes. Wohnungsnot und ungenügende Ernährung sind die Hauptfaktoren, die der Tuberkulose den Nährboden schaffen. Werden diese Hauptfaktoren beseitigt, so wird damit zugleich am erfolgreichsten die Tuberkulose bekämpft. Sie können aber nur beseitigt werden, wenn auch das System, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, beseitigt wird.

Der Aufklärungsfilm „Die weiße Seuche", der am Sonnabend vor einer zahlreichen Zuhörerschaft im Thaliassaal vorgeführt wurde, trägt unbedingt dazu bei, einem großen Teile hallischer Arbeiter die Augen zu öffnen über Klassengegensätze, die von Tag zu Tag größer werden und die man versucht, unlogischerweise zu überbrücken. Die Krankenkassenmitglieder, die für einen Vorzugspreis Gelegenheit haben, den Film sich anzusehen, sollten unter keinen Umständen versäumen, diese Gelegenheit zu benutzen. Es gilt, nicht nur allein den Kampf gegen die Tuberkulose aufzunehmen, sondern es muß mit den Kommunisten der Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung aufgenommen werden.

Produktionssabotage der Unternehmer

Die Firma F. E. Zimmermann & Co. A.-G., Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, hat am Freitag, dem 21. August, 87 Arbeiter wegen Mangels an Aufträgen (!!) entlassen. Die Entlassung ist erfolgt nach Auswahl der Betriebsleitung und der Meister, ohne Verständigung mit dem Betriebsrat. Bei der Entlassung hat man ganz bestimmte Personen im Auge gehabt. Das zeigt auch die im Betrieb ausgehängte Liste, die darauf keine Rücksicht nimmt, ob die Leute schon längere Zeit dort beschäftigt oder verheiratet sind. So ist u. a. festzustellen, daß kein Angehöriger des „Stahlhelms", die meist erst kurze Zeit dort beschäftigt sind, zur Entlassung gekommen ist, ebenso bleiben auch ledige Leute im Betrieb, die erst seit vier Wochen da sind.

Der ganze Sinn der Entlassung ist der, daß die Firma einmal nicht genehme Arbeiter loswerden will und ein andermal, um sich von der Lohnsteuer zu drücken. Denn vor dem Generalstreik war genügend Arbeit vorhanden. Diese Arbeit ist auch jetzt noch vorhanden. Man will aber nicht arbeiten lassen aus den angegebenen Gründen. Die Arbeiter müssen jetzt auf der Hut sein und in Betriebsversammlungen zu der Produktionssabotage der Unternehmer Stellung nehmen. Sie müssen fordern, daß ihnen die Betriebe zur Weiterführung von den Behörden überlassen werden. Wir sind neugierig, was der Demobilmachungskommissar gegen die Produktionssabotage unternimmt.

Unternehmerwillkür

Die Firma Lange & Geilen kümmert sich um die Vereinbarungen zwischen den Organisationen sehr wenig. So mußten die Arbeiter nach dem Generalstreik einen Vorschuß von zwei Millionen bekommen. Die Firma zahlte diesen Vorschuß nicht aus. Erst am Freitag, nachdem das Geld weiter entwertet war, bequemte sich die Firma endlich, die zwei Millionen auszuzahlen. Mit den Löhnen verhält es sich genau so. Sie kommen erst immer zur Auszahlung, wenn sich die Arbeiter nichts mehr dafür kaufen können. Die Firma gebraucht die Ausrede, daß sie kein Geld von der Bank bekommen könne. Am Sonnabend aber war auch die Geduld der Arbeiter zu Ende, so daß die Firma auf einmal in der Lage war, eine größere Abschlagssumme zu zahlen. Der Rest des Lohnes aber war bis zum Mittwoch noch immer nicht ausgezahlt. In einem Anschlag, der ohne Wissen des Betriebsrats ausgehängt wurde, teilt die Firma mit, daß sie Kurzarbeit einführt, und zwar soll täglich von 7 bis 1 Uhr gearbeitet werden. Da sich der Belegschaft gegen diese Arbeitszeitherabsetzung wendet, ist damit zu rechnen, daß Herr Lange bereits in den nächsten Tagen seine Bude dicht macht.

Die Arbeiter müssen jetzt überall zu der Produktionssabotage der Unternehmer Stellung nehmen und von der Regierung fordern, daß sie den Betriebsräten die Betriebe zur Weiterführung übergibt und ihnen die nötigen Mittel zur Verfügung stellt. Wenn nicht, so wird die Arbeiterschaft allein handeln müssen.

Ein Offener Brief an den Magistrat

Die hallischen Groß-Kinobesitzer richten an den Magistrat einen offenen Brief, in dem es u. a. heißt:

Es hat sich nicht vermeiden lassen, daß die Finanznot der Städte und Gemeinden jeden einzelnen Bürger mit außerordentlich hohen Steuern belastet hat. Demgegenüber muß aber von den Steuerzahlern die berechtigte Forderung erhoben werden, daß die verantwortlichen Stellen der Stadtverwaltung eine reinliche, nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitete Finanzpolitik betreiben, vorsichtlich also auch jede Verdienstmöglichkeit nach Kräften wahrnehmen. In Halle scheint dies nicht immer Brauch zu sein.

Im Interesse sämtlicher Steuerzahler, aber auch im Interesse der steuerlich ganz besonders hart belasteten Handels- und Industrie und sonstigen Erwerbszweige, mögen daher folgende Fragen an den Magistrat der Stadt Halle gestattet sein gestellt werden, wenn auch das System, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, beseitigt wird.

Angehörigen einer schwer um ihre Existenz ringenden Branche, zahlreiche Angestellte beschäftigt und vor allem erwiesenermaßen für Halle die beste Steuerquelle darstellt.

Wir fragen an:

Ist es wahr, daß der „Thalia"-Theatersaal zu Vorstellungen eines ortsfremdes Unternehmen Ende Juli 1923 zu dem Preise von 400 000 Mk. für drei Abende vermietet worden ist?

Hat sich die zuständige Stelle eine Berechnung über die Unkosten, wie Beleuchtung, Abnutzung und Reinigung gemacht? Denn zu einem Preise von 133 000 Mk. für den Tag, konnten selbst vor etwa vier Wochen nicht einmal die Reinigungskosten bestritten werden.

3. Ist es dem Magistrat bekannt, daß es diesem Unternehmen nur durch diese lächerlich geringe Pacht möglich war, in drei Tagen etwa 40 Millionen Mark Reingewinn zu erzielen?

4. Zu welchen Preisen werden zurzeit die städtischen Säle vermietet?

Wir glauben, zu dieser Frage um so mehr berechtigt zu sein, da wir ja bedeutend höhere Lustbarkeitssteuersätze zu zahlen haben, als eben ortsfremde Unternehmen.

Wir setzen mit Interesse Ihren Aeußerungen entgegen und

Die hallischen Groß-Kinos.
gez. Fincke. gez. Künzel.

Die Anschuldigungen der hallischen Kinobesitzer sind so schwerer Art, daß es im Interesse einer Klärung liegt, wenn der Magistrat öffentlich antwortet.

In einem weiteren Schreiben wenden sich die Kinobesitzer an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung und ersuchen um Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer.

Die neuen Steuerermäßigungen

Vom Finanzamt Halle wird uns geschrieben:

Nach Mitteilung des Finanzamtes Halle (Saale)-Stadt sind die seit 1. August 1923 gültigen Ermäßigungen beim Steuerabzug ab 1. September 1923 allgemein verfünfzehnfacht, ebenso sämtliche Bewertungsfälle für Sachbezüge. Die Ermäßigungen betragen von diesem Zeitpunkte an:

a) für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich je 360 000 Mk. (bisher 24 000 Mk.), wöchentlich je 86 400 Mk. (bisher 5760 Mk.);
b) für jedes auf dem Steuerbuch vermerkte minderjährige Kind monatlich 2 400 000 Mk. (bisher 160 000 Mk.), wöchentlich 576 000 Mk. (bisher 38 400 Mk.);
c) für Werbungskosten und sonstige Abzüge monatlich 3 000 000 Mark (bisher 200 000 Mk.), wöchentlich 720 000 Mk. (bisher 48 000 Mk.).

Arbeiter, unterstützt die Gemaßregelten!

Gesammelte Gelder für die beim Generalstreik Gemaßregelten

Liste Nr. 48, Belegschaft Nischwitz, 13 800 000 Mk., Liste Nr. 65 7 800 000 Mk., Liste Nr. 17 13 550 000 Mk., Liste Nr. 2422 3 790 000 Mk., Rob. Wolffstein, Berlin, 4 000 000 Mk., Gustav Menzel 2 000 000 Mk., Liste Nr. 40, Lingesleben, Bauschlöß Alte Leipziger Chaussee, 22 500 000 Mk., Leunawerk 7 915 000 Mk., Engelhardt, Johann, 200 000 Mk., Liste Nr. 34, Produktiv-Genossenschaft 56 400 000 Mk., Liste Nr. 2490 2 000 000 Mk., Liste Nr. 53 27 650 000 Mk., Liste Nr. 39 6 800 000 Mk., Liste Nr. 38 6 400 000 Mk., Hildegards Sparbüchse 21 500 Mk., „Solidarität" Tobien 453 800 Mk., „Solidarität", Wittenberg 235 500 Mk., Liste Nr. 47, Sobelei Dehne 3 500 000 Mk., Liste Nr. 18, Belegschaft Vereinigte Zitzenmühlen 2 479 724 Mark, Liste Nr. 75 10 200 000 Mk., Liste Nr. 76 2 890 000 Mk., Versammlung Queis 308 000 Mk., Liste Nr. 60 7 185 000 Mk., Liste Nr. 6 4 850 000 Mk., Liste Nr. 61 25 700 000 Mk., Liste Nr. 306 10 275 000 Mk., Drei Mittagsgäste bei Frau Kilian 1 500 000 Mk., Liste Nr. 62 7 350 000 Mk., Liste Nr. 51 9 400 000 Mk., Liste Nr. 68, Bau Kaddersitz 12 200 000 Mk., Offen Nr. 1952, 1955, 1956, Weißenfels 13 250 500 Mk., Liste Nr. 84, Hellmann & Litm. 17 450 000 Mk., Liste Nr. 331, Lingesleben (Hallmark) 2 500 000 Mk., Liste Nr. 67, Abt. für Bauausführungen 22 000 000 Mk., Mitteldeutsche BG., Koslicker 5 100 000 Mk., Liste Nr. 52, Bau Bode, Kirchnerstraße 8 000 000 Mk., Liste Nr. 63 8 222 000 Mk., Liste Nr. 69, Bauhütte Stadt, Siebleben 19 320 000 Mk., Bauhütte Dieniß, WBG. 10 500 000 Mk., Liste Nr. 334, Bauhütte Merseburg, WBG. 13 000 000 Mk., Liste Nr. 56, Bauhütte Reichardt, Kaiserstein 5 000 000 Mk., Liste Nr. 333, Belegschaft Eisengießerei Jakobi 26 500 000 Mk., Liste Nr. 45, Neubau Albig, Delitzscher Straße 11 000 000 Mk., Liste Nr. 4, Brauerei Engelhardt 7 119 900 Mk., Liste Nr. 5, Brauerei Engelhardt 9 420 000 Mk., Genosse Weinhardt, Hafenstraße 500 000 Mk., Liste Nr. 1949, Nikolaus Weinrich, Burghaus 3 820 000 Mk., Schl. C. Schade 500 000 Mk., Liste Nr. 2416, Abschlag Jugend 2 086 000 Mk., Liste Nr. 2412, Abschlag Jugend 1 333 600 Mk., Liste Nr. 2415, Abschlag Jugend 120 000 Mk., Liste Nr. 2413, Abschlag Jugend 45 000 Mk., Liste Nr. 2404 5 754 000 Mk., Liste Nr. 2470 3 860 000 Mark, Liste Nr. 35, Bauhütte Fischer, Alte Promenade 5 475 000 Mk., Abschlag Eisenbahn.-W., Delitzsch 66 000 Mk., Liste Nr. 46 4 160 000 Mk., Liste Nr. 20, Hüttenwerk Trotha B. Lingesleben 20 400 000 Mk., Freie Bühne, Wuckdorf 2 196 410 Mk., Rote Gewerkschafts-Internationale 1 017 000 000 Mk., Liste Nr. 8 Elektrizitätswerk Halle 4 750 000 Mk., Liste Nr. 2340, Ortsgruppe Dieskau 6 850 000 Mark, Paul Döschner, Halle 2 000 000 Mk., Otto Schmidt, Halle 3 380 000 Mk., Liste Nr. 125, Bauhütte Schmorl & Müller 1 000 000 Mk., Liste Nr. 35, Zimmerei abteilung Flugplatz, 13 510 000 Mk., Liste Nr. 36, Ziegeleiabteilung Flugplatz 4 860 000 Mk., Liste Nr. 37, Glaserabteilung Flugplatz 14 000 000 Mk., Liste Nr. 55, Bauhütte Parkbad Halle 18 100 000 Mk. Zusammen: 1 640 561 330 Mk.

Wohnhausneubau für Kleinrentner!

Von der Fürsorgestelle für Sozial- und Kleinrentner der Stadt Halle wird uns geschrieben:

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in der Merseburger Straße, nahe dem Bergmannstrost, von der Stadtgemeinde ein Rentnerheim errichtet worden ist, in dem Kleinrentner, die gewillt sind, ihre größere Wohnung zur Verfügung zu stellen, billige Wohngelegenheit finden können. Es kommen in der Hauptsache solche Rentner in Betracht, die befürchten müssen, daß sie ihre Wohnung bei ihren kleinen Einnahmen nicht mehr halten können, wenn etwa die Mieten mehr und mehr werbeständig werden sollten, oder auch solche Rentner, die alters- oder krankheitshalber nicht mehr abvermieten können, schließlich auch solche Rentner, die voraussichtlich die Miete aus den Rentnerunterstützungen nicht mehr werden aufbringen können, wenn in der nächsten Zeit das Abvermieten möblierter Zimmer durch eine allgemeine Preisregulierung wesentlich beschränkt werden sollte. Die nötigen Umzugskosten trägt der Magistrat in voller Höhe.

Die Wohnungen bestehen aus Stube, Kammer, Küche, Bodenraum, Keller und gemeinsamer Diele für je vier Mieter. Außerdem erhält jeder Mieter ein Stück Gartenland. Zur Wohnungsmiete wird die Stadt, je nach Bedürftigkeit, Zuschüsse gewähren. Zweiflammiger Gaskocher ist vorhanden, auch Anlage für elektrische Beleuchtung. Wohnungsbaubgabe ist nicht zu entrichten. Umlagen für große Instandsetzungen, wie sie bei älteren Grundstücken immer häufiger nötig werden, sind in absehbarer Zeit nicht zu befürchten. Nicht unterzubringende Möbel werden nötigenfalls kostenlos von der Stadt in geeigneten Räumen eingestellt.

Kampffonds

(Gemeindewahlen)

27. Quittung.

Ortsgr. Bockwitz, d. Watte	140 000	Mk.
Unganannt	10 000	„
Rich. Hauck, Merseburg	50 000	„
Genosse Böhme, Merseburg	3 000	„
Gen. Kalschke, Merseburg	30 000	„
Genosse Hahn, Oberbeuna	10 000	„
Joh. Haltmar, Merseburg	50 000	„
Kleo, Merseburg	27 500	„
Fam. Gabel, Merseburg	65 000	„
Ortsgr. Merseburg, Liste 12	44 000	„
Mitgliederverf., Merseburg	515 200	„
Gen. Robert Kreisler, Merseburg	50 000	„
2 Leunaschlosser, die nicht mitstreiken konnten	1 000 000	„
2 Weiter, Merseburg	115 000	„
Kondolf Weißenfels	5 000	„
Oefftl. Verf., Goddula	600 000	„
Gen. Fritsch, Leipzig	16 000	„
Durch Meißner, Bretzna	226 500	„
Arbeiter-Geselligkeitsverein, Gödewitz	200 000	„
Ortsgruppe Oberseleben	200 000	„
Ortsgruppe Pleißerig	500 000	„
Gen. John und Burkhardt, Auerstuvi	61 000	„
Gen. Schneider, Torgau	575	„
2 Genossen, Ammendorf	110 000	„
O. J., Zörbig	50 000	„
Vergnügen d. 1. Krafts-Sport-Vereins, Lettin	58 250	„
Unganannt, Delitzsch	100 000	„
Ortsgr. Bessenlaublingen	5 000	„
Gen. Franz Walter, Halle	500 000	„
F. Kremer, Naumburg	50 000	„
Gen. Starke, Hinterseer	20 000	„
Durch Salzer, Gerbstedt	20 000	„
Ortsgruppe Zollwitz	364 275	„
Verf., Sangerhausen	100 000	„
Gen. Mosler, Bitterfeld	200 000	„
Ein Bitterfelder Genosse, durch Gen. Kant	50 000	„
Oeffentl. Verf., Uebigau	410 000	„
M. Müller, Uebigau	200 000	„
Oeffentl. Versammlg., Rosla, d. Gen. Lademann	1 500 000	„
Dr. B., Pleißerig	300 000	„
R. Görtig, Wittenberg	60 000	„
Former der Firma Schäfer, Wittenberg	112 000	„
Unganannt, durch Ziegler, Wittenberg	2 000 000	„
Bokano-Vortrag	100 000	„
Gen. König, Ammendorf	50 000	„
Ortsgruppe Nue, Liste 11	280 000	„
Ueberschuß v. Zeitungsverkauf Gen. Schiele, Bollstedt	100 000	„
Gen. Nöbel, Bitterfeld	30 000	„
Ortsgr. Leißling, d. Gen. Hored, Liste 17	172 250	„
Gen. Max Klepzig und ein Gen., Ammendorf	500 000	„
Widersinn 26. 6., Schkeuditz	200 000	„
Schkeuditz	195 330	„
Verf., Bieskau, d. Scheibe	63 250	„

Montag, den 3. September, und Montag, den 10. September, nachmittags 3 Uhr, wird denjenigen Rentnern, die ernstlich gewillt sind, ihre Wohnung zu tauschen, Gelegenheit zur Besichtigung des Rentnerheims gegeben. Zugelassen werden nur angemeldete Rentner. Anmeldungen werden in der Fürsorgestelle, Kleine Steinstraße 8, Zimmer 10, angenommen.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Holzarbeiterverband. Donnerstag, den 6. September abends 8 Uhr, Lehrlingsversammlung im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, Zimmer 1 a.

Betriebsräte der Lebens- und Genußmittelbranche. Am Donnerstag, den 6. September, abends 7 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" Gruppenversammlung. Tagesordnung: Neuwahl des Gruppenrates.

Theater und Konzerte

„Dackergotts Erben" im Thalia-Theater.

Wenn das Theater auf den Hund kommt oder der Hund auf's Theater, so kann das zu recht folgenschweren Ergebnissen führen. Hat doch leibhaftig der gewaltige Olympier Goethe vor einem Köter das Feld geräumt und sein Theaterzaun in Weimar niedergelegt. Aber da war ein tragischer Hund Ursache. In der Komödie Robert Gröschs aber ist es ein Lustspielhund, nein, gleich zwei Hunde es. Da hätte er vielleicht auch herzlich gelacht wie die Hellenen, von denen das Theater am Sonntag brechend voll war. Sie können also bleiben, Herr Dietrich!

Die Sache ist also die: Dackergott — der verdrehte Dackergott — ist gestorben und will noch im Grabe „zu Hub' argern", wie die Hamburger sagen. Bestimmt im Testament, daß seine Verwandten seinen Köter, Strupp mit Namen, in seiner Villa bis zu seinem — des Hundes — Tode hegen und pflegen, daß sich wohnen und unter Aufsicht Franz Wuttkes, seines alten Dieners, und des Tierschutzvereins vorstehenden Wiemeister unter strengster Innehaltung der (in 24 Exemplaren) dem Testament anliegenden Hausordnung dem Wohle des Hundes leben. Wer den Hund schlägt oder sonstwie schädigt, fliegt sogleich hinaus und verliert sein Erbteil an die anderen. Wuttke und Wiemeister beziehen als Aufseher monatliches Gehalt von x-tausend Dollar, bis der Hund stirbt. Erst dann wird das Erbe geteilt. Ein Kadizill wird erst am Todestage des Hundes geöffnet und verlesen.

Die Erben, den Dackergott ohne Sang und Klang, ohne Pfeifen und Glockentöne, jauslagen im Galopp, zur Ruhe geleitet, ganz wie ers wollte. Der Notar verliest das Testament. Es wird akzeptiert. Kohlenhändler Emil Gerlke und Frau Ottilie, Richard Grunert und Wilma Karoline Knuth sind erbberechtigt. Die Tyrannei des Hundes beginnt also und wird willig ertragen in der Hoffnung auf den kommenden Dollarsegen. Tierarzt, Metzger, Hundekuchenverkäufer machen dem reichen Vieh ihre Aufwartung, Tante Karoline nützt ihm einen Sommermantel, Tante Ottilie eine Hakelkrause, alle heucheln Mutter Karoline gegenüber selbstlose Aufopferung für Strupp, wünschen ihm aber in Wahrheit baldigen Tod, verschaffen sich Rattengift und servieren ihm das heimlich. Emil und Ottilie auf Blutsverwandtschaft und Ueberwurf. Wegzehrs Liebesmahl! Der Verwöhnte vergiftet nur auf Leuden- oder Nierenbraten. Wuttke aber riecht Lunte. Die Gartenfauna ist dem Gift zum Opfer gefallen und wird den Sündern von ihm auf den Kopf zugesagt. Wuttke alarmiert die „Kommission". Sie tritt unter notarieller Leitung zusammen und recherchiert, aber vorbei. Ihr Verdacht trifft den Unrechten: Richard Grunert, den jungen Mann mit dem Erstlordzylinder und Verlobten der Elfe Gerlke. Während seiner Vertheidigungsrede zerrupft Strupp ihm die Zeichnung seines Raughsaarbrenners, die er auf der Gartenbank liegen ließ. Das Maß Strupps ist voll. Richard erschlägt den Hund mit seinem Spaziergstuppel zur großen Freude der Erben Gerlke und Knuth. Das Kodizill tritt in Kraft. Siehe da! Es besagt, daß der, der die Hundeherrschaft durch Totschlag des Köters endne, alle Dollar erben solle. Wuttke bekommt 7—9 Millionen als Entschädigung, Wiemeister als Hegetarier die Gartenschlarrie, die anderen die — Sundhütte. Richard kann nun Elfe heiraten, und das war der Zweck der Uebung.

Richard Helling als Kohlenhändler Gerlke beherrschte den Abend und zog viel wahre Lachsalven hervor. Demnächst folgte Hermine Ziegler als Tante Karoline mit dem Hörrohr und Puppi, ihrem Sammbunsschoßhund, ein hinterhältiges, niederträchtiges Weibsbild. Otto Tiedemann als Wiemeister und Alfred Haller als Notar waren vorzüglich, namentlich Haller wie aus dem Leben gegriffen. Fräulein Gertler als Tochter Elfe bemies ihr Können im Spiel, daß mit ihrer Anstellung die Leitung seinen Mißgriff begangen hat. Auch die anderen bemühten sich wieder, so Hallo Heller als „Aufwartung", Walter Hennenberg als Diener Franz, Else Strom-Ambrosius als Ottilie. Auch die kleineren Rollen taten gute Wirkung.

Volkspark. Heute abend findet im großen Saal, bei gutem Wetter im Garten, das beliebte Volkskonzert statt. Im kleinen Saal täglich das große Varietéprogramm. Niemand versäume, die Veranstaltungen, die im Heim der Arbeiter stattfinden, zu besuchen.

Aus der Provinz

Die Eisenbahnfahrpreise über den Friedenspreis

Ab 1. September ist eine neue Berechnung der Eisenbahnfahrpreise in Kraft getreten. Sie werden jetzt „wertbeständig" berechnet, d. h. Grundzahl mal Entfernung in Kilometern mal Schlüsselzahl.

Die Grundzahl ist auf 2,2 Pf. für die vierte Klasse, auf 3,3 Pf. für die dritte Klasse und 9,9 Pf. für die zweite Klasse festgesetzt. Diese Grundzahl wird mit der Kilometerzahl (Entfernung bis zum Reiseziel) und das Ergebnis dann nochmals mit 600 500 multipliziert. Es kommt dabei etwa eine Vervielfachung des letztgültigen Preises heraus. Bei Schnellzügen kommen noch die ebenfalls entsprechend erhöhten Zuschläge hinzu.

Damit haben die Eisenbahnfahrpreise den Friedensstand überschritten, denn in der Vorkriegszeit betrug der Fahrpreis für ein Kilometer in der vierten Klasse 2 Pf. und in der dritten Klasse 3 Pf. Die Löhne der Eisenbahnarbeiter und -beamten bleiben aber bedeutend unter dem Stande der Vorkriegszeit zurück.

Golpa-Zschornewitz. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, einberufen von der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, findet am Donnerstag, dem 6. September, nachmittags 4 Uhr, im „Kolonie"-Gasthaus statt. „Amsterdam oder Moskau" ist das Thema. Arbeiter, erscheint in Massen!

Arbeiter-Sport

Minerva 1. gegen Fortuna-Dölau 1. mit 3 : 0. Am Sonntag standen sich auf dem Minerva-Platz (am Stadion) obige Mannschaften gegenüber. Eine ansehnliche Zuschauermenge sah spannende Spielpause. Minerva hatte Anstoß und ging in flottem Tempo vor des Gegners Tor, wo der Ball jedoch abgefangen wurde. Auf und ab ging das Spiel, wobei Fortuna, den Wind im Rücken, zeitweise etwas mehr vom Spiel hatte. Beide Hintermannschaften waren ihrer Aufgabe jedoch gewachsen und klärten immer wieder. Kurz vor Halbzeit gab's an Dölaus Tor eine kleine Rommelei, rechtsaußen beham den Ball, und schoß ihn an die Innenstange des linken Pfostens, von wo er jedoch ins Spielfeld zurückprallte. Der Schiedsrichter entschied Tor. Nach Seitenwechsel wurde Minerva tonlos überlegen. In der 14. Minute kam der Ball nach halblinks, lief durch und schoß, satt zu hoch, den Ball in die linke Ecke. Das schönste Tor des Tages! Fünf Minuten vor Schluß erhöhte der Halbrechte das Resultat auf drei. Ein selten schönes, faires und ruhiges Spiel, das anerkennenswerte von beiden Mannschaften vorgeführt wurde, ganz geeignet, dem Arbeitersport neue Anhänger zuzuführen. Der Sportgenosse Brandt (Schiedsr.) war seiner Aufgabe voll und ganz gewachsen. Vor den Vorkampf am Vormittag zwischen Eintracht und Sportbrüder gesehen hat, konnte man besten die Parallele zwischen beiden Spielen ziehen. Minerva hatte am Sonntag einen guten Tag und gewann klassische Spiele wie folgt: Minerva 1. gegen Fortuna-Dölau 1. mit 3 : 0, 2. Mannschaft gegen Reisdorf 1. mit 6 : 0, 3. Mannschaft gegen Dölau 21 2. mit 3 : 0; 1. Jugend gegen Ballspielklub Gleichjenstein 1. Jugend mit 6:1; 1. Schüler gegen Ballspielklub 1. Schüler mit 1:0.

ASK. Askania 09. Resultate vom Sonntag, dem 2. September: Askania 1. — Viktoria 1. mit 1 : 3; Askania 2. — Viktoria 2. mit 2 : 4; Askania 3. — Viktoria 3. mit 3 : 2. (Den Viktoria 15 Minuten vor Schluß abgebrochen.) Alle erwerbslosen Mitglieder treffen sich jeden Tag um 2 Uhr auf dem neuen Sportplatz zur Platzarbeit. Die übrigen Mitglieder haben unbedingt jeden Abend zu erscheinen. Platzarbeit abends von 5½ Uhr an.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 2. Kreis, 6. Bezirk, 5. Gruppe. Sonntag, den 9. September, vormittags 11 Uhr, findet in Seeben eine Turnkunde statt für die jüngeren Turner, die noch nicht Mitglieder sind, aber Mitglieder werden und an der Austragung der Gruppenmeisterschaft teilnehmen wollen. Jeder Verein soll die besten Turner delegieren. Sämtliche Vereine müssen eine Nacherwerbung von 200 Mk. pro Mitglied innerhalb acht Tagen an Karl Schöne, Teicha, abführen.

Arbeiter-Sport-Verein Kröllwitz. Sonntag, den 2. September, am Sonntag spielte ASK. 1. gegen den Thüringer Spielmeister SW. Naumburg 1 mit 1 : 1; ASK. 2. gegen Brachstedt 1 mit 0 : 0; ASK. 3. gegen Brachstedt 2 mit 2 : 0. Dienstag abend Spielerübung der 3. Mannschaft.

Fichte Lettin. Spielergebnisse vom Sonntag. Fichte 1. verlor gegen Wörmlitz 1. unverdient mit 1 : 3; Fichte 2. gegen Wörmlitz 2. mit 1 : 4; Fichte-Schüler gegen Ballspielklub-Schüler mit 1 : 1. Sonntag, den 9. September, spielt Fichte auf eigenem Platze gegen Zahn-Merseburg. Da Merseburg jetzt in guter Form ist, Fichte mit starker Mannschaft antritt, ist ein harmloses Spiel zu erwarten. Die 2. Mannschaft spielt um 1½ Uhr gegen Merseburg 2. 4 Uhr Fichte 1. gegen Zahn-Merseburg 1. Vormittags spielen 1. Schüler gegen BSV. Lettin 1. Schüler um 10½ Uhr (Brandberge). Treffpunkt: 10½ Uhr an der Kröllwitzer Brücke. 2. Schüler spielt um 10 Uhr gegen Minerva 2. Schüler auf Fichteplatz. Treffpunkt 9 Uhr (Baracke). Mittwoch 6 Uhr in der Baracke Lostandsübung. Auf dem Platze Training. Sonnabend 7½ Uhr in der „Sonne" Monatsversammlung. Unentschuldigtes Fernbleiben wird bestraft.

Verantwortlich: Ferdinand Mengel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroß, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230904-18/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Siavus

11] Siebzehn Geschichten von **Maria Szucsich**

Die Versuchung des Siavus

Der Schah berief seine Ratgeber zu sich und sprach also zu ihnen:
„Meine getreuen Freunde, gebt mir einen weisen Rat. Was soll ich mit meinem Sohn beginnen, der für das gemeine Volk Partei ergreift und wider meine Macht trachtet?"

Die Klugen beriefen sich untereinander, was sie dem Schah sagen sollen? Und sie schickten jenen, den sie für den Klügsten hielten, als Sprecher vor. Der Klügste verneigte sich bis zur Erde vor dem Schah und tat seinen Rat kund:

„Herr, Dein Sohn ist unter gemeinem Volk aufgewachsen, hat sicherlich auch nach den irdischen Gütern gehungert, denn warum sonst sollte er sich wider Dich erheben? Gib ihm von Deinen Gütern, damit er Dich nicht länger beneide."

Der Schah befolgte den Rat und erteilte den Befehl:

„Bringt her die goldgestickten Gewänder, die mit Edelsteinen ausgelegten Säbel, die goldenen Schuhe, die goldenen Pokale und Gefäße, die Teppiche und alle Kostbarkeiten!"

Und da alles beisammen war, ließ der Schah Siavus kommen. „Siavus, Du bist mein Sohn! Nimm die Kostbarkeiten, ich schenke sie Dir! Schmücke Dich mit ihnen und laß unter Deine Füße die Teppiche breiten."

Siavus streckte über die Schätze die Arme aus und sprach:

„Sichtbar werde die Wirklichkeit!"

Und siehe da: lebendig wurden die Seiden, die Stickereien, die Edelsteine, die Fassungen der Edelsteine, die Teppiche und Federbüsche, die goldenen Schuhe und goldenen Gefäße.

Hunderte und aber hunderte Menschen, jung und alt, Weiber und Stickerinnen, Bergleute und Goldarbeiter, Teppichweber und Bastflechter. Lange Reihen zogen vorbei, in Totengewänder gehüllt, zeigten die Verletzungen, die sie sich in überharter Arbeit zugezogen und an denen sie starben. Sie umschritten den Saal, schauten mit ihren toten Augen in die lebendigen Augen des Schahs und der Hofleute. Dann sanken sie in die Kostbarkeiten zurück und wurden wieder unsichtbar. Siavus aber sprach:

„O Schah, mein Vater! Glaubst Du wirklich, daß ich mich mit den Leichen der Ermordeten schmücken werde?"

Verständnislos antwortete der Schah:

„Ist es meine Schuld, daß sie in Armut geboren wurden, und ist es meine Schuld, wenn sie bei der Arbeit nicht besser achtgaben? Weshalb hatte der Weber keine besseren Augen, weshalb vergiftete der Goldarbeiter durch Ungeschicklichkeit sein Blut und weshalb erstickte den Bergmann das Grubenwetter? O, Du Tor! In allen Dingen wohnen Tote!"

Doch Siavus entgegnete kühn:

„Wohl weißt Du, daß nur die äußere Farbe Deiner Rede Gerechtigkeit, ihr Kern jedoch das ermordete Leben der Armen ist."

Der Schah bezähmte seine Wut und wandte sich von neuem an seine Ratgeber. Jener Minister, der über die Ländereien zu walten hatte, erhob sich und trug folgenden Rat vor:

„Herr! Siavus eignet sich nicht zum Herrscher! Gib ihm Ländereien, wo er friedlich leben kann. Gib ihm Deine Provinz Kaled."

Dem Schah gefiel dieser Rat, er begab sich mit den Hofleuten auf das Dach und gebot Siavus, an seine Seite zu treten:

„Dort blüht Kaled, Persiens kostbarste Perle. Auf Kaleds Boden wachsen die schönsten Frauen und die schönsten Früchte. Willst Du Kaled als Dein Eigen?"

Siavus breitete die Arme gen Kaled aus und rief mit weithin schallender Stimme:

„Sichtbar werde die Wirklichkeit!"

Da tat sich rings um Kaled die Erde auf. Reihen kopf- und armloser Krieger kamen blutig, wundenbedeckt. Hinter ihnen schwebten ihre ungeborenen Kinder einher und ihr bitteres Wehklagen ließ die Vögel verstummen.

In endlosem Zug nahten die Krieger, schauten aus ihren toten Augen in die Augen der Lebenden auf.

Siavus aber sprach zum Schah:

„O Vater, die Du da siehst, sind im Kampf um die Eroberung von Kaled gestorben, glaubst Du, daß ich auf Kaleds Erde ruhig leben würde?"

„Tor!" — rief der Schah — „gibt es denn ein Land, daß ohne Blut erworben wurde?"

„Wurde es mit Blut erworben, so mögen Boden und Güter allen gehören!"

„Was soll ich mit diesem Verstockten beginnen?" — rief der Schah.

Da trat der Obergärtner hervor und erteilte folgenden Rat:

„Herr! Die dumme Denkart des arbeitenden Gesindels hat das Gehirn Deines Sohnes verseucht. Schick ihn zu mir. Die Sanftmut der Blumen wird auch ihn zähmen."

„Wir wollen es versuchen" — sprach der Schah und schickte Siavus zu dem Gärtner.

•

Eines Tages warf sich der Obergärtner dem Schah zu Füßen und klagte:

„Herr, Siavus tötet den Schmuck Deiner Gärten, alle veredelten Blumen."

Der Schah befahl Siavus vor sich:

„Welche Freude findet Du daran, meine veredelten Blumen zu töten?"

Als Antwort erzählte Siavus dem Schah:

Von den veredelten und unveredelten Blumen

„Während ich mit dem Obergärtner durch den Garten schritt, sah ich einige besonders schöne Rosen, deren Boden so reichlich mit Wasser getränkt war, daß es über den Rand des Edkranzes floß, den der Gärtner um die Rosenstöcke herum aufgeworfen hatte. Doch sah ich zur gleichen Zeit auch viele, viele Rosenstöcke, deren Blüten halbtot von den Zweigen hingen.

Ich wandte mich an den Obergärtner um Rat:

„Warum welken diese unzähligen schönen, einfachen, weißen Rosen, und warum sind diese einigen wenigen so frisch?"

Der Obergärtner erklärte mir:

„Sie sind so frisch, weil ich sie jeden Tag reichlich begieße! Jene aber welken, weil große Dürre herrscht und es nicht regnet?"

„Warum begießest Du nicht die weißen Rosen ebenso wie die veredelten?"

„Weil ich nicht weiß, wie lange die Dürre anhalten wird und ich deshalb mit dem Wasser sparen muß. Begösse ich auch die gewöhnlichen Rosen, würde das Wasser rasch alle und dann gingen vielleicht auch die Lieblinge des Schahs zugrunde?"

„Woher nahmst Du diese edlen Blumen, deren Verlust so unersetzlich wäre?"

Der Obergärtner erklärte:

„Ich zog sie durch verschiedene Pfropfungen aus den weißen Rosenstöcken."

„Und nun läßt Du die vielen weißen Rosen zugrunde gehen, aus denen jene prächtigen einmal entstanden sind?"

„Warum denn nicht? Bleiben sie erhalten, ist's gut, gehen sie zugrunde, so ist es auch kein großer Schaden."

Ich aber nahm die Gießkanne und begoß auch die weißen Rosen, denn ich kann nicht dulden, daß die vielen um einiger wenigen willen verdorren.

Der Schah wandte sich an seine Hofleute und fragte:

„Ist meine Langmut nicht unerschöpflich, daß ich diesen Dummkopf nicht züchtigen lasse, der die veredelten Blumen, den Stolz meiner Gärten, dürsten läßt und die gemeinen begießt?"

„Unendlich groß ist Deine Langmut, o Schah!" — antworteten dienstbeflissen die Hofleute.

Siavus aber wandte sich an sie:

„Wehe Euch, die Ihr die vielen tötet, um der wenigen willen, die einst aus den vielen wurden!

Indem dies geschieht, versinnbildlichen die weißen Rosen das Volk, die veredelten Rosen versinnbildlichen die wenigen, die dem Volke entstammen, denn alles entstammt dem Volke. Der Obergärtner versinnbildlicht den Schah, das heißt jene Macht, die die vielen um der wenigen willen ausrottet. Und ich bin der, der da zeigt, daß die wenigen nicht auf Kosten der vielen im Ueberfluß leben dürfen. Alle haben das gleiche Recht auf die irdischen Güter. Nur wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen."

(Fortsetzung folgt.)

Wenn ich seh' die Brüder schreiten

Wenn ich seh' die Brüder schreiten, stumpf die Augen, matt die Glieder,
Möcht' ich zornig schrein und singen trotzigwilde Kampfeslieder,
Bis die Augen jäh erglühen und die Glieder straff sich recken,
Bis sich in den grauen Morgen tausend schwiel'ge Fäuste strecken.

Bis herab von hohen Sternen ist ihr Menschenrecht gerissen
Und die alten Sklavenketten in ihr rote Glut geschmissen,
Die hervorbricht aus den Herzen unaufhaltsam und die zündend
Eine Welt in Brand setzt, feurig, eine schönere verkündend.

Heil'ges Feuer, ich seh' deine Funken majestätisch sprühen,
Seh' dich allen Schmutz verzehren, seh' dein mählisches Verglühen;
Und mein Ohr, wie Wetterbrausen, hört der freien Arbeit: „Werde!"
Aus der Asche steigt erhaben schimmernd unsre freie Erde!

Werner Teichmann.

Aus: „Aufsätze" von Maxim Gorki

Das Tempo des Weltlebens wird rascher, denn immer tiefer dringt in seine tiefen Schichten die riesige Unruhe des frühlingshaften Erwachens, der Schauer der Umwälzung ist überall augenscheinlich zu spüren — das ist die potenzielle Willenskraft, die ihre schöpferische Macht erkennt und sich zur Tat vorbereitet. Langsam, aber unbeugsam wächst im Volk das Selbstbewußtsein, entzündet sich die Sonne der sozialen Gerechtigkeit, und unter dem Hauch des vorwärtsgehenden Frühlings schmilzt fühlbar die kalte, schwere Decke von Heuchelei und Vorurteilen, entblößt sich das ungeheure Knochengerüst der gegenwärtigen Gesellschaft, dieses Gefängnisses des menschlichen Geistes. Millionen Augen brennen in freudigem Feuer, überall glänzen Lichtblicke von Zorn und belichten die Wolken von Dummheiten und Irrtümern, von Vorurteilen und Lüge, die in den Jahrhunderten aufgehäuft worden sind; wir stehen am Vorabend des Festes der allumfassenden Wiedergeburt der volkstümlichen Rassen. Das Volk, das an die Erde gepreßt war, das mit dem Eisen der Sklavenarbeit festgekettet war, erhebt das Haupt, man nimmt schon die Züge seines ewig jungen Gesichtes wahr. Die Leute, welche wissen, daß das Volk eine unversiegliche Quelle an Willenskraft darstellt, daß es allein fabriziert, alles Mögliche ins Unabwendbare, alle Träume im Wirklichkeit umzuwandeln, diese Leute sind glückliche Leute! Denn in ihnen blieb das schöpferische Gefühl ihrer organischen Verbundenheit mit dem Volk lebendig, gegenwärtig muß dieses Gefühl wachsen und ihre Seelen mit großer Freude erfüllen und mit dem Durst nach Schöpfung neuer Formen für eine neue Kultur.

Einigung in der proletarischen Hilfssprache. Das Moskauer Exekutivkomitee des Internationalen kommunistischen Jdo-Bundes veröffentlicht in dem kommunistischen Jdo-Organ „Nia Standardo" einen Aufruf an alle der 3. Internationale angeschlossenen Weltspracheanhänger (Esperantisten und Jdisten) zwecks organisatorischer Vereinigung der kommunistischen Jdisten und Esperantisten. Der Aufruf betont den Utopismus der bürgerlichen Weltsprachenbewegung, da nur die neue proletarische Gesellschaft die Weltsprache wirksam brauche und durchführen könne; die kommunistischen Esperantisten und Jdisten werden aufgefordert, sich von den sektenhaften und spielerischen bürgerlichen Weltsprachebewegungen zu trennen und dafür eine gemeinsame proletarisch-kommunistische Bewegung ohne Unterschied des Jdo oder Esperanto zu schaffen, die auch die ganze Weltspracheproparanda innerhalb der 3. Internationale gemeinsam nach einheitlichen Gesichtspunkten führen soll. Hoffentlich hat der Aufruf den Erfolg, dem lächerlichen Zank zwischen Esperanto und Jdo innerhalb der kommunistischen Bewegung ein Ende zu bereiten. Damit wäre ein entscheidender Schritt zur Verwirklichung der proletarischen Hilfssprache getan!

Die Sowjetrepublik als musikalisches Leitmotiv. Der Petersburger Komponist Polferow hat, wie der „Ost-Expreß" meldet, eine pathetische Fantasie für großes Orchester unter dem Namen „RSFSR." („Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik") komponiert, in der das Hauptthema, der Buchstabenreihe entsprechend, auf der der russischen Melodie vertrauten Tonreihenfolge re—fa—sol—fa—lol—re aufgebaut ist. Die Fantasie schildert eingangs die Begeisterung und das Chaos des Revolutionskampfes, worauf als Sinnbild der erstarkenden Gegenrevolution ein Militärmarsch und gleichzeitig, fast verdeckt, die alte Zarenhymne hörbar wird. Zugleich erscheint, ärmlich instrumentiert und harmonisiert, das Motiv eines revolutionären Kampfliedes, wodurch die Anfangsperiode der Roten Armee mit Entbehrungen und Unzulänglichkeiten geschildert werden soll. Das Hauptthema ertönt dann bei den Bläsern als mächtiger Aufruf, die Instrumentierung des Kampfmotivs wird immer imposanter, und im Finale erklingen fortissimo das „RSFSR."-Thema, das Kampflied und die Internationale.

Der Inhalt eines Habichtnestes. Von der Raubgier der Habichte gibt ein anschauliches Bild der Fund eines Horstes, von dem A. Barchet im „Sankt Hubertus" erzählt. Er stieß auf einem Jagdausflug bei Lorch in Oberhessen auf den Horst eines Hühnerhabichtpaares. Sein Begleiter erstieg die ungefähr 30 Meter hohe Tanne, deren Gipfel das Nest barg und fand hier drei Junge. Er brachte eine Falle an, durch die es gelang, das Weibchen zu fangen. Der Inhalt des Horstes bot ein tolles Bild. Es lagen in den Nest und auf dem Rande neun Tauben, darunter drei herlangte Brieftauben, ferner zwei junge halbwüchsige Feldhasen, zwei Buntspechte, eine Amsel, eine Drossel, ein Feldhuhn, elf Eichelhäher, ein Eichhörnchen und eine Maus. Von den drei Jungen war das eine verendet, wahrscheinlich erfroren, da das Weibchen nicht mehr auf dem Nest saß. Das zweite Junge nahmen die Jäger mit und ließen das dritte im Nest in der Hoffnung, daß sich auch der männliche Habicht, der diese gewaltige Verproviantierung seiner Familie vorgenommen hatte, in der Falle fangen würde.

Die deutsche Revolution und der französische Kommunismus

Ein Traumbild aus dem Jahre 19 . . ?

Von **R. Prolet**

Nachstehender Artikel den wir der Pariser „Humanite" entnehmen, stellt einen interessanten Versuch dar, der französischen Arbeiterklasse in wirkungsvoller und packender Sinnfälligkeit die Lage des deutschen Proletariats begreiflich zu machen und ihr zugleich ihre proletarischen Pflichten gegenüber den revolutionären Kämpfen in Deutschland vor Augen zu führen. Die Redaktion.

Deutschland hat seine Revolution hinter sich. Es hat sie siegreich gegen alle gemeinsamen Angriffe der Feinde im Innern und im Ausland verteidigt. Es hat sich in der Welt durchgesetzt. Seit mehreren Jahren arbeitet die deutsch-russische Sowjetrepublik an dem Wiederaufbau der Ruinen des früheren Regimes, und unter dem friedlichen Schatten der roten Fahne beginnen die Hälfte Asiens und dreiviertel Europas sich eines bisher ungeahnten Aufschwunges zu erfreuen.

Die kapitalistische Welt dagegen setzte ihre Selbstzerfleischung fort. Die industrielle Rivalität zwischen Frankreich und England hat sich bis zu ihrem logischen Ende entwickelt. Poincaré, der nach mehrjähriger Pause wieder aus der Versenkung zur Macht gelangt war, hat Belgien ohne vorherige Kriegserklärung überfallen, um sich seiner Handels-, Flotten- und Luftschiffahrtsbaus zu bemächtigen. Unter dem kombinierten Schutz von Großkampfschiffen, schußsicheren Unterseebooten, Riesenkanonen und flinken Luftfahrzeugen sind zwei französische Armeen in England gelandet und haben dieses von Brighton bis Yarmouth besetzt.

Der Krieg hat fünf Jahre gedauert. Außer der deutsch-russischen Sowjetrepublik sind alle übrigen Nationen in das Kriegsgemetzel hineingezogen worden. Das späte Eingreifen Japans hat die Wage des Sieges zugunsten Englands herabgedrückt. Die französischen Heere wurden an das Meer zurückgeworfen. Der Londoner Friede wurde in Westminster unterzeichnet. Die britischen Heere besetzten die Normandie auf 15 Jahre. Frankreich muß 120 Milliarden Goldfranken Kriegsentschädigung zahlen.

Es muß sein Heer auf 100 000 Mann herabsetzen und darf kein Kriegsmaterial mehr herstellen. Jeden Tag biegen die Automobile der britischen Kontrollkommission hochmütig und in rasender Fahrt vom Boulevard St.-Germain in die Rue St.-Dominique ein und verschwinden frech und anmaßend in der Torfahrt des Kriegsministeriums.

Der Franken fällt von Tag zu Tag. Die Teuerung steigt von Stunde zu Stunde. Die französischen Arbeiter erhalten jämmerliche Löhne und verdienen gerade noch so viel, daß sie sich mit Schwarzbrot und Kartoffeln nähren und dazu Wasser trinken können. Höchstens zwei- bis dreimal im Monat sieht man ein Fleischgericht auf dem Tisch des französischen Arbeiters.

Dank den Hungerlöhnen, die sie ihren Arbeitern zahlen, machen die französischen Kapitalisten den britischen Industriellen in der ganzen Welt die schlimmste Schmutzkonkurrenz und bereichern sich zugleich in der skandalösesten Weise am Elend des Volkes.

Beim Waffenstillstand ist Poincaré von der Bildfläche weggefegt worden. Das Ministerium Blum-Frossard hat sich, nachdem es anfangs von Sozialisierung sprach und zugleich die Kommunisten zusammenkartätschen ließ, schließlich offen auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen. Aber das bekam ihm schlecht. Es mußte bald einem Ministerium Tardieu weichen. Herr Tardieu, der sich im Kriege gewaltig bereichert hatte, versuchte England Widerstand zu leisten und die Folgen des Londoner Friedens zu sabotieren. England beantwortete diesen Versuch mit Besetzung des Kohlenbeckens in den Departements du Nord und Pas-de-Calais. Die britischen Generale wiesen dort alle Arbeiter und Beamten aus, die sich weigerten, unter den britischen Bajonetten für die englischen Kapitalisten zu fronen.

Es wurde eine Zollmauer gezogen, die die Normandie und die Nord-Departements vom übrigen Frankreich trennte. Bearbeitet von der „Action Francaise" und ermutigt und subventioniert von Lloyd George, verkündet die Bretagne ganz offen ihre separatistischen Tendenzen. Sie ist bereit, gemeinsam mit England auf Paris zu marschieren, sofern es den Kommunisten gelingt, das Proletariat mit sich fortzureißen und eine Arbeiter- und Bauern-Regierung zu bilden.

Der Sturz des Franken hat die Angestellten, die kleinen Handwerker und Beamten, sowie die Kleinbauern ruiniert. Der Faszismus versuchte, die Empörung dieser Arbeiter der Mittelklassen, die die Ursache ihres Elends nicht erkennen und noch der Meinung sind, sie könnten sich retten, wenn sie den nationalen Revanchekrieg predigen und die Arbeiterschaft bekämpfen, organisatorisch auszunutzen. Schneider, Loucheur und de Wendel subventionieren die faszistischen Verbände und beuten deren nationalistische Ideologie sogar noch in dem Augenblick aus, wo sie sich hinter den Kulissen mit Vickers, dessen Riesentrust ganz England beherrscht, verständigen.

Die Massen strömen der Kommunistischen Partei zu. Diese proklamiert die Notwendigkeit, den französischen Nationalbesitz gegen den britischen Imperialismus zu verteidigen. Die Mittelklassen beginnen zu begreifen, daß einzig und allein die Kommunisten die Interessen der Nation verteidigen. Der Wert der Franken sinkt mit schwindelerregender Schnelligkeit auf Null herab. Vor acht Tagen kostete ein Pfund Sterling eine Million Franken, während man für ein Pfund Butter 120 000 Franken bezahlen mußte. Mein Nachbar Glay hatte gestern einen Wochenlohn von 2 Millionen Franken erhalten. Am Mittwoch morgen galt das Pfund Sterling aber bereits 6 Millionen Franken und der Butterpreis war auf 500 000 Franken hinaufgeklettert. Aber Glapy mußte trotzdem mit seiner Familie die ganze Woche mit seinen 2 Millionen Franken auskommen. Er selbst, sein Weib und seine Kinder haben hohle Wangen und ein fieberglänzendes Auge; der Hunger wühlt in ihren Eingeweiden.

Vorigen Sonnabend gab es nicht genug Papiergeld, um die Arbeiterlöhne auszahlen zu können. Die Kaufläden schließen. Das Gespenst des Hungers geht um.

Eben ist ein dreitägiger Generalstreik proklamiert worden. Was wird sich in dieser Zeit alles ereignen?

Werden die britischen Arbeiter sich hinter ihre Kommunistische Partei stellen? Werden sie die Besatzungsheere des Herrn Lloyd George hindern, den Arbeiteraufstand im Blut zu ersticken? Werden sie stark genug sein, um ihren Kapitalisten wirksam Schnabel und Nägel zu stutzen? Das ist der Alpdruck, unter dem das französische Proletariat sich zurzeit windet.

•

Französische Arbeiter und Genossen! Das Bild, das ich hier gezeichnet habe, unterscheidet sich noch stark von Eurer gegenwärtigen Lage, die sich nur ganz allmählich und langsam verschlechtert.

Aber dieses Bild wird für Euch morgen eine Wirklichkeit sein, sofern Ihr nicht auf der Hut seid. Heute ist es für das deutsche Proletariat bereits eine tragische Wirklichkeit. Begreift endlich Eure internationale Pflicht! Wacht auf! Erhebt Euch! Kein Proletarier, kein Soldat darf die Hand bieten zum Niederschlagen seiner deutschen Arbeitsbrüder!

Französische Arbeiter und Soldaten, verbrüdert Euch mit den Proletariern in Deutschland!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230904-18/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 2.—8 Sept. 1 100 000 M., durch die Post 1 000 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg GmbH. Halle, Leipzigerstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 65000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 400000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 150 000 Mk. | **Dienstag, den 4. September 1923** | **3. Jahrgang Nr. 206**

Sollmanns anonyme Faszistendiktatur

Die „Rote Fahne" auf acht Tage verboten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 4. September.

In der Nacht vom Montag auf Dienstag erschien in der Friedrichsstadtdruckerei eine Abteilung Kriminalbeamter und überbrachte dem Verlage und der Redaktion der „Roten Fahne" eine Verfügung, wonach die „Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands und seine Kopfblätter, die „Rote Fahne" für die Niederlausitz, die „Rote Fahne" für den Bezirk Berlin-Brandenburg und die „Volkswacht" für den Kieler und Lübecker Bezirk, auf acht Tage verboten sei. Die bereits fertiggestellte Dienstag-Nummer wurde in der ganzen Auflage beschlagnahmt.

Die Veröffentlichung der Begründung für das Verbot der „Roten Fahne" wurde vom Reichsminister Sollmann verboten. Die Begründung zu dem Verbot der „Roten Fahne" geht zurück auf Artikel, die am 19. August in der „Roten Fahne" erschienen sind. Das ist ein Beweis, daß die Begründung mit aller Not zusammengesucht werden mußte. Das Verbot ist vom Reichsinnenminister Sollmann unterzeichnet.

*

Das Verbot der „Roten Fahne" ist ein neuer Skandal der Faszistendiktatur, die in Deutschland unter dem „demokratischen" Deckmantel einer „Diktatur der Mehrheit" von Sozialdemokraten gegen das Proletariat ausgeübt wird. Gestern noch verkündet das hallische „Volksblättchen" ruhmredig von seinem Parteigenossen Sollmann, daß er den Kampf gegen die deutschnationale und faszistische Hetze aufnehmen werde. Mit dem Munde hat das der Reichspolizeiminister auch am Sonnabend einem Vertreter des sozialdemokratischen Parlamentsdienstes auch getan. Stolz hat er sich in Positur geworfen und gegenüber dem Vorwurf der Internationalität, der gegenüber ihn und andere Sozialdemokraten von den Deutschnationalen und ihrem faszistischen Klüngel erhoben wurde, verkündet: „Die Deutschnationalen sollen wissen, daß wir ihrer unsagbar kläglichen und elenden Demagogie nicht weichen. Sie wollen den Kampf, sie sollen ihn haben."

Am gestrigen Montag aber hat er den Deutschnationalen, die die Steuersabotage und die Sabotage der Wirtschaft im ganzen Reiche öffentlich zum Programm erheben, daß er und das ganze Reichskabinett vor ihnen kuscht. Die Parole des Reichskanzlers: „Wer in dieser Zeit die Steuern sabotiert, gehört hinter Schloß und Riegel!" setzt er in die Tat um, indem er die „Rote Fahne" mundtot macht und weiter Kommunisten (siehe die neueste Meldung aus Gräfenhainichen) verhaften läßt. Er illustriert damit zugleich, wie der von Stresemann in Stuttgart verkündete Wille des Reichskabinetts: „Wir sind nicht gewillt, mit der Staatsautorität Schindluder treiben zu lassen", zu bewerten ist. Die Autorität in Deutschland besitzen heute die agrarischen und die industriellen Steuersaboteure. Ihr Wille ist, keine Steuern und Lasten für den Besitz, alles auf die Schultern der arbeitenden und hungernden Massen. Sollmann schafft diesem Willen Geltung, indem er die kommunistische Presse unterdrückt, die das Proletariat zum Kampfe gegen seine Bedrücker aufruft und an die internationale Solidarität des Proletariats in seinem Kampfe appelliert.

Der Herr Sollmann will aber noch ein weiteres. Die VSPD. und die Gewerkschaftsbureaukratie, die alles Vertrauen in den Massen verloren haben, müssen den Beweis erbringen, daß sie noch eine wirksame Reserve der Bourgeoisie zur Unterdrückung der rebellierenden hungernden Massen sind. Zur Durchführung ihrer Hetze gegen die Kommunisten, deren Führung sich in steigendem Maße die Massen anvertrauen, haben sie die Mundtotmachung der kommunistischen Presse notwendig. Sollmann trägt diesem Bedürfnis durch das Verbot der „Roten Fahne" Rechnung.

Es wird ihm nichts nützen. Die Massen in den Groß-Berliner Betrieben vertrauen der Kommunistischen Partei und ihrer Presse. Sie stehen hinter ihr, wie sie hinter dem von Severing verbotenen Reichsausschuß der Betriebsräte stehen. Kein Verbot der „Roten Fahne", keine noch so schamlose Hetze gegen die KPD. und die Betriebsräte wird dieses Vertrauen zerstören!

Selbst die Staatsanwälte und die Weiße Justiz haben dem Herrn Sollmann attestieren müssen, daß die kürzlichen Beschlag- [illegible] ren und einen Bruch [illegible] eit bedeuten. Wenn [illegible] bots auf Artikel der [illegible] t, so beweist er, daß [illegible] s Verbots zusammen- [illegible] Verfassung", ist sich [illegible] zt. Denn nicht um- [illegible] Verbots. Er weiß,

[illegible] des sozialdemokrati- [illegible] parieren wissen. Im [illegible] en den Skandal der [illegible] d millionenfach wird [illegible] g und Genossen aus

[illegible] **en und ihrer Presse!**

[illegible] **rung der KPD. und**

[illegible] **ürlich Hitlers statt.**

[illegible] **n in Nürnberg kon-**

[illegible] **ten wilde monarchi-**

[illegible] **eden.**

[illegible] ht die wirtschaftliche [illegible] e Not". Der Sieg [illegible] n gewesen; in erster [illegible] Sonntag, nach dem [illegible] sdienst mit Vorbei- [illegible] ern, Admiral Scheer, [illegible] ne blutrünstige Rede

[illegible] **nt und Gewalt des** [illegible] **rke nationale Revo-** [illegible] **lution.**

*

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten waren sich auch ohne Nürnberg über die Pläne der mordlustigen Faszistenführer klar. Wohlan denn, proletarische Gewalt gegen die faszistisch-kapitalistische.

Verhaftungen in Gräfenhainichen

(Eig. Drahtm.) Gräfenhainichen, 3. September.

In Gräfenhainichen wurden vier Genossen der Kommunistischen Partei verhaftet! Die Polizei und die Landjäger der Umgegend waren zu diesem Zweck nach Gräfenhainichen zusammengezogen. Die Genossen Wittmann, Kupke, Paul und Gunkler wurden von der Polizei nach dem Rathaus gebracht, angeblich zum Verhör. Dort wurden sie festgehalten und später mit einem Schupoauto, das mit einem schußfertigen Maschinengewehr ausgerüstet war, unter starker Bedeckung nach Bitterfeld gebracht. Die Verhaftung unserer Genossen wird auf Denunziation durch die Sozialdemokraten zurückgeführt. Die Verhaftungen haben große Erregung in der Arbeiterschaft hervorgerufen.

So etwas ist Minister der Reichswehr!

(Eig. Drahtm.) Dresden, 4. September.

Die sächsische Regierung erläßt heute eine längere Veröffentlichung aus dem Material des Ministerpräsidenten Zeigner gegen den Reichswehrminister Geßler. Nach dem Material hat Dr. Zeigner am 7. August in Leipzig eine Rede gehalten, in der er erklärte, daß das Reichswehrkommando 4 durch einen Offizier in einen schwebenden Strafprozeß eingegriffen hat. Das Reichswehrkommando habe erklärt, daß dieser Prozeß nicht stattfinden dürfe, weil sonst die Verbindungen zwischen Reichswehr und den völkischen Geheimorganisationen aufgedeckt würden. Der Befehlshaber des Reichswehrkreises 4 habe daraufhin den Ministerpräsidenten gebeten, ihm die Unterlagen über den behaupteten Eingriff in den Strafprozeß zu verschaffen. Nachdem Zeigner die Beweise persönlich vorlegt habe, erklärte der Generalleutnant Müller, der Befehlshaber des Reichswehrkommandos 4, daß nach einer telephonischen Mitteilung des Reichswehrministeriums die Reichswehr sich an der Verfassungsfeier in Dresden nicht beteiligen werde. Die Ursache sei die Rede und die Ausführungen von Zeigner.

Nach dem Sturze Cunos hat Zeigner die Reichsregierung aufgefordert, Geßler zu entlassen, da er die Verbindungen zwischen Reichswehr und völkischen Organisationen dulde. Daraufhin erklärte Geßler, daß er keine Anweisung gegeben habe, daß sich die Reichswehr an den Verfassungsfeiern nicht beteiligen soll. Zeigner erklärte, die Behauptungen Geßlers seien unwahr. Er hat die Beweise in Händen, daß Geßler diese Anweisung wirklich erteilen ließ.

Der Faszistenaufmarsch in Nürnberg

Nürnberg, 3. September.

Gestern und vorgestern fand die Feier „für Sedan und Tannenberg" in Anwesenheit bayrischer Prinzen, des Herzogs von Koburg,

Stresemanns Aufbau in Bayern

Der „Miesbacher Anzeiger", der törichterweise Angst hat, daß Stresemann vor Knilling nicht kapituliert habe und der vor allem diese Angst unter seinen Leuten erhalten will, schreibt folgende Zeilen über Stresemann: „Wer ist denn dieser Kanzler Stresemann, mit dem Ihr Euch jetzt herumzankt oder nicht? Der Beauftragte derer, mit denen wir's längst hätten aufnehmen sollen in Bayern. Scher Dich heim zu Deinen Preußen, zu Deinen Industriebonzen, zu Deinen Juden, Sozi und anderen Reichsverderbern, alter Einseifer, und glaube nicht, daß Du uns Bayern noch über den Löffel balbieren kannst! Wir werdens Dir und Deinen Parteikirchener Kunden schon zeigen."

Dreifache Friedenspreise für Kohlen

Berlin, 3. September.

Ab heute sind die Kohlenpreise wiederum um 34 Prozent erhöht worden. Damit sind die Kohlenpreise auf das Dreifache des Vorkriegspreises gestiegen, während die ausländischen Preise nur das eineinhalbfache der Vorkriegszeit betragen.

Hilferding beherrscht weder den Dollarkurs, „noch die Wirtschaft". Wie lange wird er noch wirken?

10 Uhr vorm.: Dollar 13 500 000 Mk.

Die Kapitulation

Gleichzeitig mit dem Bombardement Italiens auf Griechenland hat ein Bombardement deutscher Ministerreden eingesetzt. Erst kamen die kleineren Geschütze als Vorbereitungsgefecht. Es sprach nach Hilferdings diversen Finanzreden der Wirtschaftsminister von Raumer in dem Sinne, wie es ein Aufsichtsrat oder ein Arbeitgeberverband von seinem angestellten Syndikus verlangt. Dann ließ sich der Reichsinnenminister Sollmann, der in der Praxis nur gegen links regiert, mit einigen schönen Redensarten über den labilen Widerstand im Rhein-Ruhrgebiet aus und sparte dabei nicht mit einigen Lufthieben gegen die deutschnationalen Rodomontaden und Steuersaboteure. Das alles natürlich nur, um einen Gefechtsschleier über die längst eingeleiteten und in voller Durchführung begriffenen Rückzugsmanöver zu breiten. Gleichzeitig hat ja auch in Sachsen der Ministerpräsident Dr. Zeigner seine völlige Unterwerfung unter die Forderungen der Großen Koalition vollzogen, wobei nur noch ein paar hohle Salven der Sozialdemokratie gegen den Minister Geßler abgegeben wurden, die wohl nicht unabsichtlich einen Meter über seinen Kopf hin abgegeben wurden.

Dann kam die große Kanone, der Reichskanzler Stresemann, und hielt höchst persönlich seine große Kapitulationsrede in Stuttgart. Er begann mit der auch in Württemberg nicht neuen staatsmännischen Weisheit, daß wir uns „in einer Lage von ungeheurem Ernst" befinden. In seiner, selbst für deutsche Redepolitiker ungewöhnlich langen Rede findet sich eine, seit Wilows Zeiten freilich weniger ungewöhnliche Gedankenarmut, die mit allerhand Seichtbeuteleien versetzt ist. Stresemann behandelte die innere und äußere Politik, wobei er in den Fragen der äußeren Politik freilich weit weniger offen Farbe bekannte, als in der Frage der inneren Methoden. Aber wer bisher noch daran gezweifelt hatte, daß das große Ruhrgeschäft nach Abbau des Widerstandes nunmehr perfekt sei und daß die wirtschaftlich kapitalistischen Verträge zwischen der deutschen und französischen Großindustrie so gut wie abgeschlossen sind, der konnte es an den mit allerhand Phrasen verbrämten Aeußerungen des Reichskanzlers deutlich erkennen. Die bisher noch im Dunkeln gehaltenen Verträge der Schneider, Creuzot und de Wendel mit Stinnes und Krupp werden nunmehr das offizielle Signum erhalten. Der internationale Kapitalismus thront in Siegerpose über dem liquidierten Ruhrabenteuer und mit vermehrten Kräften verschärft sich der beiderseitige Druck auf das deutsche und französische Proletariat.

Mit den Redensarten von einer internationalen Anleihe und dem geradezu aufreizenden Nonsens einer „Weltanleihe für den europäischen Frieden" wird dann der Uebergang geschaffen zur inneren Lage. Hier heißt es dann gleich mit rollendem Pathos: **„Wir lassen mit der Staatsautorität nicht Schindluder treiben! Wir werden die Staatsautorität durchsetzen gegenüber jedem, der da glaubt, sich über sie hinwegsetzen zu können."** Und nach diesem Augenrollen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft pflanzt er die rasselnde Redensart (aus dem Hindenburg-Programm) von der „Wehrpflicht des Besitzes", der „Wehrpflicht des Beamtentums" und der „Wehrpflicht der Arbeit" auf. Man muß über den Mut staunen, mit dem hier so getan wird, als ob der Besitz harte Steuern und Eingriffe in die Substanz zu ertragen habe, wo doch die Börse die Spekulanten und die Devisenschieber längst über die angedrohten Steuermaßnahmen kaltlächelnd zur Tagesordnung übergegangen sind und die Landwirtschaft die offene Steuersabotage zum deutschnationalen Programm erhoben hat. Die Börse und die Landwirtschaft lachen darüber, wenn dieser Reichskanzler den Mund auftut, um zu erklären, daß die Steuersaboteure hinter Schloß und Riegel gehören. Die Besitzenden, meint er, sollen „für das verlorene Vaterland ein Kalb schlachten" und Opfer aus der Substanz bringen. Sie haben andauernd aus der Substanz, nämlich aus der Arbeitskraft des gesamten werktätigen Volkes, Vorteile gezogen und Wucher getrieben und das Proletariat bis auf die Knochen ausgepumpt. So wollen sie es weiter treiben und die Arbeiter mit sogenannten „Goldpfennigen" abspeisen, während sie sich selbst die überfüllten Kassenschränke im Inland mit Goldmark, im Ausland mit hochwertigen Valuten und Devisen weiter überladen. Am deutlichsten aber wird Herr Stresemann in Anlehnung an das Stinnesprogramm mit der Forderung, durch Ueberarbeit auch aus dem ausgemergelten Arbeiter (und Beamten) noch das Letzte herauszuholen. Und das zu einer Zeit, wo die Unternehmer außer der Steuersabotage auch die unverschämteste Produktionssabotage durch Einschränkung oder Stillegung ihrer Betriebe treiben. Insbesondere den Bergarbeitern wird zugemutet, durch Ueberstunden verbilligte und vermehrte Kohlen zu fördern. Das soll sich unter der Marke „sozialer Ausgleich" vollziehen, zu dem Zwecke, nicht etwa dem frierenden Proletariat für den Winter billige Kohlen zu verschaffen, sondern um einschneidende Maßnahmen, wie sie das Proletariat fordert, nämlich Kontrolle der Kohlenproduktion, Verteilung usw. auszuschalten und Eingriffe in die Preispolitik der Kohlenbarone zu verhüten, die durch ihre neuerliche Erhöhung die Kohlen bereits dreimal so teuer als in der Vorkriegszeit gemacht haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230904-18/fragment/page=0007